

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 21. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Streiflichter auf europäische Kriegsgebräuche in China.

Rom, 17. Juni. (Fig. Ver.)

Die Weisenaufnahme im Prozeß Modugno geht ihrem Ende entgegen. Wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, wird noch im Laufe der nächsten Woche der Staatsanwalt zu Wort kommen. Während sich so der letzte Akt eines Indizienprozesses der allerdümmsten und schwierigsten Art nähert, kann man nicht ohne Grauen an die Aufgabe der Geschworenen denken, die, gestützt auf so zweideutige und unsichere Daten, über das bürgerliche Sein oder Nichtsein eines Menschen entscheiden sollen. Denn soviel ist sicher: die Frage nach der Schuld oder Unschuld Modugnos in der ihm zur Last gelegten Mordtat erscheint auch nach der vollständigen Weisenaufnahme in derselben qualenden Dunkelheit wie zuvor. Ob Modugno seine junge Frau ermordet und ihren Abschiedsbrief gefälscht hat oder ob Genzina Modugno durch Selbstmord ihrem Leben ein Ende gemacht, darüber geben die im Verlaufe der Verhandlungen zutage getretenen Tatsachen keine klare Antwort. Dagegen hat der Prozeß, gleichsam nebenbei, die Augen der Öffentlichkeit und der Justiz auf eine Reihe anderer Geschehnisse gelenkt, denen ein weit allgemeineres Interesse zukommt als der Familientragödie des Hauses Modugno. Der Prozeß schrumpft zusammen gegenüber den Enthüllungen über die Kriegsgebräuche in China.

Es ist hauptsächlich das Verdienst unseres Parteiblattes in Bari, wenn die Staatsanwaltschaft und die Zivilpartei das Verhalten Modugnos in China in den Bereich des Prozesses gezogen haben, um dadurch den Charakter des Angeklagten und namentlich seine subjektive Befähigung zum Verbrechen zu beleuchten. Die Enthüllungen des sozialistischen Wochenblattes „La Ragione“ lenkten zuerst die Aufmerksamkeit auf den Chinafeldzug. Es ist eine eigene Ironie, daß die Weisenaufnahme, so fürchtbar Belastendes sie auch für Modugno ergab, sich dennoch den Schuldigen halb entgleiten sehen muß, weil offenbar die in China begangenen Schandtaten weniger den verbrecherischen Anlagen des Einzelnen als dem ganzen verbrecherischen Milieu des „frühen frühlichen Krieges“ zur Last zu legen sind.

Und gerade dies gibt dem Prozeß sein hohes zeitgeschichtliches Interesse. Durch die Aussagen der als Belastungszeugen verhöreten Soldaten und der entlassenen ausladenden Offiziere gestaltet sich in klaren Umrissen das Bild europäischer Kriegsführung und Kulturverbreitung in China.

Modugno hat bekanntlich große Summen aus dem „heiligen Kriege“ mitgebracht. Man spricht von 400 000 Lire und einigen 40 Kisten mit Wertgegenständen; nachweisbar scheint jedoch „nur“ die Vereinerung um 100 000 Lire und 18 Kisten mit „Andenken“ zu sein. Modugno hat diesen Vermögenszuwachs auf verschiedene Weise erklärt: durch Gewinn im Spiel, durch Verkauf wertvoller Vasen, die er billig erworben hatte, und durch Ingenieurarbeiten, die er für einige Mandarinen ausgeführt haben will.

Die Zeugenaussagen dagegen führen Modugno in China erworbenen Vermögens direkt auf Raub zurück. Nach Aussagen der unter Modugno dienenden Soldaten — unbescholtener Leute, die unter ihrem Eide sprechen — hielt der Leutnant nächtliche Raubzüge im wahren Wortsinne ab. So soll er (Zeuge der Soldat Giacomo Bazzetta) auf dem Zuge nach Pao-tung-fu sich in ein Dorf begeben haben, wo er in einem vornehmen Hause Einsatz begehrte, sich als Polizeibeamter ausgebend. Die Hausbewohner verweigerten den Eintritt, worauf Modugno dem Zeugen half, die Hofmauer zu erklimmen, und ihm befahl, von innen zu öffnen. Mit dem Revolver in der Hand erprekte dann der Offizier große Mengen Silbergeld, nachdem er die vier Hausbewohner geohrfeigt und an den Hälften gerissen hatte. Ein andermal erhielt derselbe Zeuge den Befehl, die die Ablieferung ihrer Habe verweigern den Chinesen mit dem Bajonett zu stechen. „Ich bring' so was nicht fertig“, sagte der Soldat vor Gericht. Als Modugno sah, daß sein Untergebener nicht ordentlich „arbeitete“, nahm er selbst die Waffe und stach auf die Chinesen ein, so daß einer zusammenbrach und leblos liegen blieb. In einem Falle (derselbe Zeuge) erschloß Modugno durch eine Kauerpalte drei Chinesen, die ihm nicht öffnen wollten.

In Pao-tung-fu selbst ließ Modugno 10—12 reiche Chinesen an eine Säule anbinden (Zeuge Korporal Ciccotti und Soldat Baroni) und befahl den Zeugen, wenn sie von italienischen Offizieren darüber zur Rede gestellt würden, zu sagen, die Chinesen hätten gemeutert. Die Chinesen blieben eine ganze Nacht hindurch in ihrer qualvollen Lage und wurden erst am nächsten Morgen freigegeben. Einer unter ihnen, ein Priester, zeigte Spuren von Peitschenhieben im Gesicht.

Am barbarischsten ging Modugno gegen einen Apotheker vor in einem Dorfe unweit Pao-tung-fu. Der Offizier drang (Zeugen sein eigener Bursche Baroni und Feldwebel Cantini) in das Haus des Apothekers und forderte Geld. Als dies verweigert wurde, befahl er dem Soldaten Baroni, den Chinesen zu fesseln und zwar hand man ihm die Hände auf dem Rücken und band den Kopf so, daß der Kermis das Gesicht nach dem Himmel zu gewendet halten mußte. In diesem Zustande vollständiger Wehrlosigkeit wurde der Chinese in einen Kohlenhaufen vergarben, bis nur eben sein Gesicht frei blieb. Zeuge dieser Marter scenes war der Bruder des Opfers, der schließlich, um der Qual ein Ende zu machen, das Versteck der Raubpartei angab.

Die Beute wurde auf einem von drei Mannstücken gezogenen Wagen nachgeführt, in dem Modugno, unterstützt von den Soldaten, alles unterbrachte. Uebrigens hatte die verbrecherische Tätigkeit Modugnos nicht ihr Beenden bei den Eigentumsverbrechen

Modugno hatte sehr starke sexuelle Bedürfnisse und befriedigte sie in derselben radikalen Weise wie seinen Gang nach Reichthümern. In Pao-tung-fu ergriff Modugno ein ganz junges Mädchen und schleppte es in ein Zimmer. Die draußen stehenden Soldaten hörten das Schreien des unglücklichen Geschöpfes (Zeuge Feldwebel Cantini). Ein andermal ließ der Offizier den Vater an einen Baum anbinden, während er der Tochter Gewalt antat (Zeuge Bazzetta). Nachher bot er das arme Geschöpf seinen Soldaten an, die aber keinen Gebrauch davon machten. Auch die verheirateten Frauen der Chinesen waren vor Modugno nicht sicher. Er ließ zum Beispiel den Mann einer im Aufse großer Schönheit stehenden Frau von den Soldaten fesseln und ging dann in dessen Wohnung, wo ihn nur ein Zufall an der Erreichung seines Zweckes hinderte.

Um die Soldaten zu dieser Heftenarbeit gefügig zu machen und um auch bei den verschiedenen Bauten, die er ausführen mußte, sie zu intensiver Arbeitsleistung anzuhalten, behandelte Modugno sie in der brutalsten Weise. Ohrfeigen, Peitschenhiebe, Fußtritte waren an der Tagesordnung, um ganz geringe Vergehen ließ er Soldaten an Bäume binden, wo sie stundenlang Sonnenbrand und Kachitätze und den Stichen der Insekten ausgesetzt blieben. Dagegen litt er nicht, daß andere „seiner“ Soldaten strafen und bestand streng darauf, daß sie hinreichend verpflegt wurden. Nach einem Marsch, bei dem einige 20 Soldaten zurückblieben, ließ Modugno sie, so wie sie waren, in einen Teich tauchen, mit allen Kleidern und erhielt vom weiten Wege (Zeuge Feldwebel Cantini). Ein andermal hieß er mit dem Säbel nach einem Untergebenen, der sich aber durch eine rasche Bewegung vor schwerer Verletzung rettete.

Wie war nun all dies — systematische Raubereien, Schandungen wehrloser Frauen, Mißbrauch der Dienstgewalt — wie war dies möglich, ohne die Aufmerksamkeit der übrigen Chinakrieger auf Modugno zu lenken? Die Tatsache, daß all dies niemandem auffiel, ließ fast darauf schließen, daß die Heldentaten Modugnos dem militärischen Milieu, in dem sie sich abspielten, angepaßt waren.

Der Vorgehete Modugnos, Oberst Garioni, sagte aus (Sitzung vom 30. Mai), daß das Anbinden an Säulen auf dem Marsche eine vorschrittsmäßige Strafe sei. Er sagt auch, daß Modugno auf der Heimreise 18 Kisten mit sich führte, von denen er glaubt, daß acht in Port Said gefaßte Möbel enthielten. Derselbe Offizier schließt nicht aus, daß die chinesischen Lieferanten, mit denen Modugno zu tun hatte, durch Peitschenhiebe zur Festsetzung niedriger Preise gezwungen wurden. Er scheint das für ganz harmlos gehalten zu haben.

Daß die meisten Dinge im Kriege eine andere moralische Färbung haben, geht auch aus den Aussagen des Entlastungszeugen (sio!) Soldaten Anarratoni hervor, der auf die Frage, ob sie Gewalt gegen Chinesinnen angewandt hätten, antwortete: „das schon, aber es war nicht sehr nötig, denn viele kamen von selber“. Er und andere Entlastungszeugen gaben das Durchpeitschen der Chinesen ohne weiteres zu. Das Erlebnis mit dem Apotheker war in Verse gebracht worden und wurde von Soldaten und Offizieren gefungen. Mehrere Zeugen gaben an, daß die edle Tat einem nicht-italienischen Offizier zugeschrieben wurde. Der Missionar Vater Geroni kannte das Lied auch und hatte es sowohl auf Modugno als auf einen ausländischen Offizier zurückführen hören.

Der Oberst Garioni gibt übrigens ohne weiteres zu, daß Modugno und der Hauptmann Serbigi in Pao-tung-fu die Aufgabe hatten, den Ort zu plündern und niederzubrennen, um ihn für begangene Christenmorde zu bestrafen. Der Zeuge hat seine Soldaten nicht an der Plünderung teilnehmen lassen; da scheint Modugno für die ganze Mannschaft gearbeitet zu haben!

Pao-tung-fu wurde nach der Aussage mehrerer höherer Offiziere den internationalen Truppen zur Plünderung preisgegeben. „Die Befehle, um ein Exempel zu statuieren, befahlen, daß die Stadt dem Erdboden gleich gemacht würde und daß die Beute zwischen den Truppen Deutschlands, Italiens, Englands und Frankreichs verteilt würde“, sagt Vater Geroni aus. Modugno fügt darauf erklärend hinzu, daß die Beute in Peking verteilt worden sei durch eine Kommission, deren Vorsitzender Hauptmann Serbigi war und an der auch Modugno teilnahm. Viele Gegenstände verblieben aber in Pao-tung-fu, weil sie nicht befördert werden konnten, und der Angeklagte sagt, daß er sie als sein ausschließliches Eigentum betrachten konnte. Der Rechtsanwält Mazzia (Verteidiger) fragt den Vater Geroni, ob er wisse, daß nach der Zerstörung des Palastes des Prinzen Tsuan viele wertvolle Gegenstände vom General Walderssee an die Staatsoberhäupter der meisten europäischen Staaten gesandt wurden und daß nur der König von Italien und der Präsident Loubet sie zurückwies. Während die anderen sie als rechtmäßige Beute beanspruchten? und der Vater antwortete bejahend. Mehrere Offiziere geben an, daß viele Chinesen zu Modugno zu kommen pflegten, um bei ihm einzukaufen.

Nur, im ganzen hat man von dem bunten Durcheinander der Zeugenaussagen das Bild, daß Modugnos Leben sich ziemlich scharflos abspielte in dem internationalen Rächerherd in China. Die Offiziere wollten von Mißbräuchen nichts gemerkt haben, stellen auch die Möglichkeit der nächtlichen Ausfälle in Abrede. Aber die Kisten Modugnos und die bei ihm aus- und eingehenden Käufer stellen sie gar nicht in Abrede. Ebenso ist es mit den Soldatenmißhandlungen: niemand hat etwas Mißbräuchliches gesehen, aber die Ohrfeigen, Fußtritte und Peitschenhiebe leugnet kein Mensch, man hält sie nur für ganz den Umständen angemessen, ebenso wie das Anbinden an Säulen, das nun auf einmal als vorschrittsmäßige Strafe erscheint.

So kommt es, daß man von dem verbrecherischen Verhalten Modugnos in China nur sehr bedingt auf seine verbrecherischen Fähigkeiten schließen kann. Das Raub- und Gewaltleben war nur ein Teil des frühlichen Kriegslebens im internationalen Heer. Daher

bedeuten die darauf bezüglichen Enthüllungen nicht allzu viel für den Vertreter der Anklage im Prozeß wegen Gattenmordes. Um so bedeutungsvoller aber sind sie für den Geschichtsforscher oder den Psychologen, der ein Bild gewinnen will von den Geistesverfassungen europäisch-christlicher Kriegsführung im zwanzigsten Jahrhundert. Für diesen wird der Prozeßbericht von Perugia eine kostbare Fundgrube sein, ein geschichtliches Dokument der europäischen Kultur-taten unter den Barbaren des fernen Ostens.

Die höfliche Revolution.

Die „Hiefbewegten“ Rundgebungen des gekündigten Königs von Schweden beantwortet nunmehr das Storting mit der folgenden Adresse:

Euerer Majestät! Das Storting Norwegens bittet ergebenst Euerer Majestät und durch Euerer Majestät dem schwedischen Reichstag und dem schwedischen Volk nachstehendes auszusprechen zu dürfen: Was jetzt in Norwegen geschehen ist, ist das notwendige Resultat der unionspolitischen Vergebenheiten der letzten Zeit und läßt sich nicht rückgängig machen, und da sicherlich auch keines der Völker zu den früheren Unionsverhältnissen zurückzukehren wünscht, findet das Storting es nicht angemessen, die Erörterungen der verschiedenen konstitutionellen und staatsrechtlichen Fragen auszunehmen, die in dem Schreiben Euerer Majestät an den Präsidenten des Stortings in Verbindung mit den getroffenen Entscheidungen berührt worden sind und über die das Storting und die Regierung sich früher ausführlich ausgesprochen haben.

Das Storting versteht vollkommen die schwierige Stellung Euerer Majestät und hat keinen Augenblick bezweifelt, daß die Entscheidungen Euerer Majestät in Uebereinstimmung mit dem getroffen worden sind, was Euerer Majestät als das Recht und die Pflicht des Königs angesehen haben. Aber es ist dem Storting ein Bedürfnis, einen Appell an Euerer Majestät, an den Reichstag und das Volk Schwedens zu richten, zu einer friedlichen Durchföhrung der Beendigung des Unionsverhältnisses mitzuwirken, zur Sicherung der Freundschaft und des Zusammenhalts zwischen den beiden Völkern der Halbinsel. Aus Neugierden, die in Schweden gefallen sind, hat das Storting erfahren, daß der Beschluß, den zu fassen das Storting für eine Pflicht gegen das Vaterland gehalten hat, indem es die Union zwischen den vereinigten Reichen für aufgelöst erklärte, in seiner Form und Durchführung als kränkend für Schweden aufgefaßt worden sei. Dies ist niemals die Absicht des Stortings gewesen.

Was in Norwegen geschehen ist und geschehen mußte, war allein ein notwendiges Versehen der verfassungsmäßigen Rechte Norwegens. Die Ehre Schwedens hat das norwegische Volk niemals kränken wollen. Da Euerer Majestät im Staatsrat am 27. Mai erklärten, den einstimmigen Beschluß des Stortings wegen Errichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens nicht sanktionieren zu können, und da von Euerer Majestät keine norwegische Regierung gebildet werden konnte, waren die verfassungsmäßigen Verhältnisse in Norwegen de jure verfallen, daß die Union sich nicht länger aufrecht erhalten ließ. Das Storting Norwegens war infolgedessen in die Notwendigkeit versetzt, dem Lande ohne Verzug eine Regierung verschaffen zu müssen. Jeder andere Ausweg war verperrt, umso mehr, als die schwedische Regierung Euerer Majestät bereits am 25. April seine Verhandlungen mit der Unionsauflösung als Alternative, falls sich eine Einigkeit über neue Formen für die Union nicht erreichen ließe, ausdrücklich abgewiesen hatte.

Das Storting hat bereits früher ausgesprochen, daß das norwegische Volk keinerlei Bitterkeit oder Unwillen gegen Euerer Majestät und das schwedische Volk fühlte. Neugierden in entgegenge-setzter Richtung, die bei einzelnen Gelegenheiten gefallen sein mögen, haben in diesen Fällen einzig und allein ihren Grund in der Unzufriedenheit mit Norwegens Stellung in der Union gehabt. Da diese Ursache zur Erbitterung und zum Unwillen durch die Auflösung der Union wegfällt, so werden auch ihre Wirkungen verschwinden. Ein neunzig Jahre langes Zusammenarbeiten auf materiellen und geistigen Gebieten hat bei dem norwegischen Volke Gefühle aufrichtiger Freundschaft und Sympathie für das schwedische Volk geschaffen. Diese Gefühle werden jetzt, da Norwegen nicht länger in einer für seine nationale Selbstständigkeit kränkenden Stellung steht, von neuem rege werden und das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern befestigen und erhöhen.

Im Vertrauen darauf, daß auch das schwedische Volk diese Auffassung teilt, stellt das Storting der Regierung Schwedens anheim, unter Anerkennung der neuen Stellung Norwegens und seines Rechts als eines souveränen Reiches, auf die Verhandlungen einzugehen, die zur endgültigen Regelung des jetzt gelösten Unionsverhältnisses notwendig sind. Das Storting ist seinerseits bereit, jedem billigen und berechtigten Wunsche nachzukommen, der aus dieser Veranlassung zur Sicherung der Selbstständigkeit und Integrität der Reiche geäußert werden sollte. In staatsrechtlicher Beziehung werden die Völker von jetzt an getrennt sein, aber das Storting hegt die sichere Ueberzeugung, daß sich ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis zum Schutze gemeinsamer Interessen entwickeln wird.

Kann die bevorstehende Regelung ohne Bitterkeit und ohne Bitterkeit stattfinden, so ist das Storting davon überzeugt, daß das, was geschehen ist, zum dauernden Glück für die Völker des Nordens sein wird.

Im Interesse des Nordens richtet es diesen Appell an das Volk, das sich durch Hochmut und Mitterlichkeit einen so hervorragenden Platz in der Reihe der Nationen erworben hat und mit dem das norwegische Volk von ganzem Herzen ein gutes Verhältnis aufrecht zu halten wünscht.

Auch diese Adresse ist durch jene würdige und entschlossene Höflichkeit gekennzeichnet, die das ganze Verhalten des norwegischen Volkes bisher bewiesen hat.

Die unerklärliche Entcheidung, Norwegen zu einem selbstständigen Staat zu machen, ist der Grundgedanke des liebenswürdigen Schwedens. Das Geschehene bleibt geschehen — darum lehnt es das Storting ab, auf die Rechtsverwahrung des gewesenen Königs einzugehen. Dagegen erklärt es sich bereit, in Verhandlungen über die endgültige Form der Erledigung einzugehen.

Bemerkenswert ist, daß das frühere Angebot, einen Prinzen aus dem Hause Bernadotte als Thronanwärter zu präsentieren, nicht mehr wiederholt wird, nachdem Oskar darauf nicht eingegangen war.

Wird ein schwedischer Prinz König von Norwegen?

Ein Privattelegramm aus Stockholm vom 17. Juni meldet unserem Kopenhagener Bruderorgan „Social-Demokraten“, daß Schwedens herrschende Klasse und das Königtum sich durch patriotische Phrasen über ihre selbstverschuldet tiefe Demütigung hinwegzusetzen suchen, daß man aber hinter den Kulissen einen Vergleich vorbereitet, der darauf hinausläuft, einen schwedischen Prinzen als norwegischen König anzustellen. Der außerordentliche Reichstag werde die Sache ausarbeiten und der König werde dann, scheinbar ungern, darauf eingehen. Vielleicht werde man als Bedingung Schließung der norwegischen Grenzfestungen und Errichtung eines Schiedsgerichtsvertrages verlangen. Diese Nachricht lautet durchaus nicht ganz unwahrscheinlich.

Eine große Ehre ist es freilich nicht, unter den obwaltenden Umständen diese Stellung anzunehmen. Ist es doch mindestens sehr fraglich, ob die Norweger, das heißt das Volk, überhaupt einen König haben wollen, und wenn schon, ob dann den, den man ihnen von Schwedens Gnaden offeriert.

„Es kann auch die Frage erhoben werden,“ schreibt unser norwegisches Bruderorgan, „ob es das Storting oder das Volk selbst ist, das die Wahl vorzunehmen hat. Und selbst wenn ein schwedischer Prinz gewillt ist, die Wahl anzunehmen, ist damit noch nicht gesagt, daß er gewählt wird. Es ist auch möglich, daß die vielen im Storting, die mir ungern auf den Plan eintreten, gewisse Bedingungen stellen werden. Es kann in dieser Hinsicht die Forderung gestellt werden, den Königslohn von vornherein zu beschränken und daß gewisse Bestimmungen angenommen werden, um Norwegen in Zukunft vor schwedischen Einflüssen zu sichern, sowie daß hier zu Lande kein Hofleben eingeführt wird, das mit der Denkungsart des norwegischen Volkes allzu sehr im Widerspruch steht.“

Kein Anerkennungs-Gesuch.

Der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ in Christiania ist ermächtigt, zu erklären, daß Norwegen nirgends um Anerkennung seiner Unabhängigkeit ansuchen werde, da Norwegen immer ein unabhängiger Staat und nur in Personalunion mit Schweden verbunden gewesen sei. Das einzige, was Norwegen von den auswärtigen Regierungen erwartet, ist die Anerkennung der neu zu schaffenden norwegischen Organe im auswärtigen Dienst. Damit widerlegt Norwegen die schwedische Auffassung, daß durch Verzögerung der Anerkennung große internationale Schwierigkeiten geschaffen werden könnten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juni.

Um Marokko.

In der französischen Deputiertenkammer ist am Dienstag durch nationalistische Abgeordnete der Versuch gemacht worden, die Regierung über die auswärtige Situation zu interpellieren. Die Episode übermittelte der Telegraph wie folgt:

Paris, 20. Juni. (Deputiertenkammer.) Archdeacon (Nationalist) wünscht die Regierung über deren auswärtige Politik zu interpellieren. Binder (kons.) verlangt über die diplomatische Vertretung Frankreichs im Auslande zu interpellieren.

Ministerpräsident Rouvier beantragt, daß die Kammer die Besprechung jeder Interpellation vertage. Er führt aus, es sei nicht Brauch der Regierungen, Aufklärungen über noch schwebende Verhandlungen zu geben. Rouvier verspricht, Aufklärungen zu geben, sobald dies möglich sei.

Archdeacon besteht darauf, daß die Interpellation vor den Ferien beraten werde.

Die Kammer schiebt die Festsetzung des Datums für die Beratungen auf eine spätere Zeit hinaus.

Darauf wird die Beratung der Vorlage über Trennung von Kirche und Staat wieder aufgenommen.

Der Vorgang zeigt, daß die Verhandlungen zwischen London, Paris, Berlin über die Frage der Marokkokonferenz fortgehen und daß die Kammer auf eine heilsame Behandlung der schwierigen Frage durch den Ministerpräsidenten Rouvier vertraut.

Die schwere Beunruhigung der vorigen Woche scheint in Paris immer mehr zu weichen. In diesem Beruhigungswerk dürfte die Haltung der wichtigsten Londoner Blätter erheblich beitragen, welche denn auch nicht die in Paris vielfach gehegten Befürchtungen rechtfertigen, als wolle England Frankreich in einen verhängnisvollen Konflikt mit Deutschland manderieren.

Es sei in diesem Zusammenhang verzeichnet, was der konservative und der Regierung nahestehende „Standard“ ausführt:

„Es könnte nichts ferner liegen, als mit Deutschland über Marokko einen Streit anzufangen. Wir haben auch nicht den geringsten Wunsch, Frankreich in einen solchen Konflikt verwickelt zu sehen. Wir sind vor allen Dingen ein Handelsvolk und als solches haben wir das Hauptinteresse, daß sich die Welt in Frieden befindet und mit uns Handel treiben kann. Es ist keine einzige englische Firma mit ausgedehntem ausländischen Handel vorhanden, die nicht mit Sehnsucht die Wiederherstellung des Friedens in Ostasien erwartete. Wenn ein so entfernter Kampf solchen Einfluß auf unseren Handel und unsere Finanzen haben kann, um wieviel erster würde die kommerzielle Desorganisation durch das fast unendbare Gend eines deutsch-französischen Krieges sein.“

Auch die meisten anderen Londoner Blätter stimmen darin überein, daß die Lage zwischen Frankreich und England einerseits und Frankreich und Deutschland andererseits sich gebessert hat.

Ueber einen der Sitzung der Deputiertenkammer vorausgegangenen Ministererrat meldet die „Agence Havas“:

Es fand ein Ministerrat statt, der sich hauptsächlich mit der auswärtigen Lage beschäftigte. Ministerpräsident Rouvier legte den augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit Deutschland dar und machte Angaben darüber, in welcher Weise dieselben durch einen Austausch von Noten ihren Fortgang nehmen, die dazu bestimmt seien, über die bereits in vorausgegangenen Besprechungen ins Auge gefassten Punkte genauere Besprechung zu treffen.

Damit ist aus Paris offiziös bestätigt, daß die französische und die deutsche Regierung an einer Verständigung über die Fragen arbeiten, welche auf der Marokkokonferenz behandelt werden sollen.

Ein russisches Geheimdokument.

Uns wird von polnisch-sozialdemokratischer Seite das folgende merkwürdige Geheimdokument zur Verfügung gestellt:

M. B. D. Dringend. Geheim. An den Beamten N. N. 16. Juni 1905. Warschau.

Auf Grund des Artikels über „die Einführung des Belagerungszustandes in dem Festungsrayon Warschau“ wird im Anschluß an die Erklärung des Belagerungszustandes in dem Festungsrayon Warschau die sogenannte Evaluierung der Stadt Warschau vorgenommen, die darin besteht, daß aus

der Stadt fortlaufend nach Möglichkeit alle überflüssigen Elemente der Bevölkerung fortgeschafft werden, desgleichen diejenigen Personen, die behufs Vermeidung aller möglichen Gefahren und Entbehrungen, welche die Erklärung des Belagerungszustandes unvermeidlich herbeiführen wird, selbst den Wunsch äußern werden, Warschau zu verlassen, um sich nach weniger gefährlichen Wohnorten zu begeben. Aus der Zahl dieser freiwillig Fortziehenden werden die Familien von Personen, die im Staatsdienst stehen, einen Vorrang genießen im Anspruch auf Plätze in den Eisenbahnzügen, die von Warschau nach dem Innern des Reiches gehen. In dem Zwecke, um den Familienangehörigen aller Staatsbeamten die Möglichkeit zu sichern, Warschau in Eisenbahnzügen zu verlassen, ist es für den Staat des Festungsrayons notwendig, unverzüglich eine annähernde Berechnung darüber aufzustellen, ungefähr welche Zahl der Familienangehörigen von Personen im Staatsdienst den Wunsch haben wird, ein solches Vorrecht zu genießen, und wieviel freie Plätze in den Eisenbahnzügen auf verschiedenen Verkehrslinien für dieselben bereit gehalten werden sollen. Angesichts des oben Dargelegten erlaube ich Civ. Wohlgebornen dafür zu sorgen, daß alle Familien, soweit dies medizinischen wie des administrativen Dienstes, in dem ihnen unterstellten Dienst, die die Rechte der Staatsbeamten genießen, die beifolgenden Listen mit den erforderlichen Angaben ausfüllen bis auf den 18. dieses Monats.

Dieses auffallende Dokument ist in Warschau an alle Staatsbeamten (vom Magistrat, der Staatsbank, Polizei, Wohlfahrts-Institute etc.) geschickt worden und hat in den betreffenden Bevölkerungsteilen große Erregung hervorgerufen. Die rätselhaftesten Vorbereitungen zur Evaluierung Warschaus, wie vor einer feindlichen Belagerung, dabei die dringende Bitte, mit der diese Maßnahmen ergriffen werden, lassen die Deutung zu, daß man mit einem weiteren fürchterlichen Anwachsen der Volksbewegung in Warschau glaubt rechnen zu müssen und bei den dann zu ergreifenden militärischen Maßnahmen die Familien der Beamten und Wohlhabenden in Sicherheit bringen will.

Oder aber: ist das Dokument ein Echo des marokkanischen Kriegsrums? Das Datum des 16. Juni fällt gerade in die Tage, da in Paris die Kriegspanik am sich greift! Wenn diese eiligen Maßnahmen, die offenbar geeignet sind, die öffentliche in unaufrichtiger Gärung begriffene Bevölkerung Warschaus in heftigster Weise zu beunruhigen, nicht etwa nur ein eigenmächtiger Schritter irgend einer höheren Kanzlei, ein Lapsum der Tscharin-Wirtschaft sind, was immerhin schwer anzunehmen ist, so können allerdings die Vorbereitungen der zarischen Militärverwaltung darauf hindeuten, daß man dort irgendwelchen Grund zu Verstärkungen, irgendwelche Anhaltspunkte in der Haltung der „lieben freundschaftlichen Mächte“ gefunden hat.

Auf jeden Fall tut man gut, dem Dokument ernste Beachtung zu schenken.

Die General-Wahlen in Holland.

Man schreibt uns aus Amsterdam:

Die sehr starke anti-kerikale Strömung, welche sich bei diesen Wahlen offenbarte und die den ganzen Wahlkampf zu einem Kampf für oder gegen Kuyper gestaltete, konnte nicht anders als unserer Partei schaden.

Die Wählererschaft war nicht zugänglich für Probleme politischer oder sozialer Art. Allgemeines Wahlrecht, Sozialreform, Handelspolitik, alles gut, aber erst muß Kuyper weg! Die Liberalen hatten ein Wahlslied, das mit den Worten begann: „Im Namen der Freiheit soll Kuyper hinaus!“ Und das ist die Wahlpatrie geworden, welche alle anderen Fragen überstimmt hat. Die grandiose Agitation der Freisinnigen ist nicht fruchtlos geblieben.

Im ersten Wahlgang sind gewählt: 44 Regierungskandidaten aller Fraktionen und 16 Freisinnige. 40 Stichwahlen müssen also stattfinden.

Dieser Ausgang ist viel ungünstiger für die Regierungsparteien als der des ersten Wahlganges 1901. Damals holten die Liberalen im ersten Wahlgang 52 Mandate; mit den Stichwahlen stiegen sie auf 68. Seit jeder haben die Freisinnigen in Holland, weil sie in verschiedene Fraktionen verteilt sind, ihre Mandate in den Stichwahlen gewinnen müssen.

1897 fanden 44 Stichwahlen statt und davon gewannen die Liberalen nur 3.

Im ersten Wahlgang war kein Sozialdemokrat gewählt. Das geschah auch 1901 nicht. Damals brachten wir 10 Genossen in die Stichwahl, jetzt 9.

Verloren ist der Kreis Lochem, wo Genosse Heidsing verdrängt wurde und eine Stichwahl stattfinden muß zwischen Liberalen und Liberalen.

Die Stichwahlen, an denen Sozialdemokraten beteiligt sind:

Amsterdam III: Troelstra mit 3837 Stimmen gegen einen Liberalen mit 2056. Troelstra brauchte nur 142 Stimmen mehr, um im ersten Wahlgang gewählt zu sein.

Haarlem: Idenbels mit 2303 gegen den Liberalen mit 2007.

Leeuwarden: Sibaut mit 2270 gegen einen Liberalen mit 2228.

Franeer: Tol mit 2170 gegen einen Liberalen mit 2880.

West-Stellingwerf: Hugenholz mit 2217 gegen einen Liberalen mit 2014.

Appingedam: Schaper mit 2333 gegen einen Liberalen mit 2500.

Googezand: Ter Laan mit 2319 gegen einen Liberalen mit 1612.

Enschede: Van Kol mit 4118 gegen einen Liberalen mit 6201.

Schoterland: Van der Zwaag mit 2085 gegen einen Liberalen mit 1842.

Mit Ausnahme von Leeuwarden und Haarlem, wo die Entscheidung bei den Liberalen ist, scheint der Sieg in allen diesen Kreisen gesichert. Wir verlieren Lochem, gewinnen Franeer. Verlieren wir in Leeuwarden und Haarlem, so ist die Fraktion von 8 auf 7 gebracht.

Die Stimmenzahl ist nicht so gestiegen als wir gerechnet hatten und sie in normalen Verhältnissen gewiß gestiegen wäre. Die Totalziffer ist: 65 743. 1901 war sie 38 270, im Jahre 1897: 13 085. In sehr vielen Kreisen, wo man von vornherein wußte, daß ein Sieg ausgeschlossen war, haben wir Stimmen verloren zugunsten der Freisinnigen, welche die Massen in ihre ungestüme anti-kerikale Agitation mitschleppten. In Amsterdam aber stiegen unsere Stimmen von 3886 auf 10 274, in Rotterdam (wo das Wahlgesetz sehr ungünstig wirkt, so daß nur sehr wenig Arbeiter Wähler sind) von 942 auf 2048, in Haag von 651 auf 2318.

Ein Ueberblick über das ganze Wahlsfeld gibt den Eindruck, daß das Ministerium Vieh in den Fingeln hat. Unter den 40 Stichwahlkreisen sind dem Anschein nach höchstens 7, welche den Liberalen zufallen werden. Damit wäre die Mehrheit von 16 auf 4 Stimmen zusammengekommen. Es ist aber nicht unmöglich, daß die Liberalen auf 49 herabsinken. Und damit wäre Dr. Kuyper gesürzt. Das niederländische Würgerium kann den Kerikalismus schlecht vertragen.

Nach den nunmehr festgestellten Wahlergebnissen graphische die Parteien der Opposition wie folgt:

Sozialisten	65 743
Liberaler Union	107 903
Katholiken	51 858
Roborierter Liberaler	52 201
Christlich-DEMOKRATEN	5 007
	282 712

Die Regierungs-Parteien:

Anti-Revolutionäre	141 407
Kerikale	71 028
Historisch-Christlich	68 326
	278 761

Deutsches Reich.

Die Torpedo-Luftjachten der Germania-Werft.

Anfang Mai begab sich die Post: Auf der Krupp'schen Germania-Werft hergestellte Teile eines Torpedobootes wurden nach Lübeck gebracht und sollten hier auf einem nach Helsingfors bestimmten Dampfer verpackt werden; am 4. Mai wurde der Dampfer „Regir“ im Lübecker Hafen beschlagnahmt, da er Kriegskontrollierte für Russland einnehme, die als Teile einer Luftjacht deklariert wurden; plötzlich aber erfolgte die Wiederaufhebung der Beschlagnahme, da sich nach offizieller Darstellung ergeben habe, daß es sich bei der Ladung des „Regir“ um Bestandteile eines Fahrzeuges gehandelt habe,

dessen Bestimmung nach diesen Teilen nicht mit Sicherheit beurteilt werden könne, das aber durchaus nicht notwendigerweise ein Kriegsfahrzeug zu sein brauche.“

Jetzt ist unser Parteiorgan in Kiel in der Lage, den damaligen Vorgang gründlich zu beleuchten und sehr bedeutsame Mitteilungen über die Absicht weiterer „Luftjachten“-Sendungen zu machen.

Die „Schleswig-Holsteinische Volksztg.“ führt aus: Daß es sich bei der Ladung des „Regir“ tatsächlich um Bestandteile eines für Russland bestimmten Torpedobootes gehandelt hat, darüber kann nicht der geringste Zweifel herrschen. In Lübeck wurden am 1., 2. und 3. Mai die elf Waggons mit Eisenteilen offen auf den „Regir“ verladen. Die frei auf den Waggons liegenden Stücke waren für jeden, der sehen wollte, als Außenbord- und Deckplatten erkennbar, die nur für Torpedoboote bestimmt sein konnten, denn die Torpedoboote weichen in ihrer Bauart von allen übrigen, selbst von den verwandten Kriegsfahrzeugen stark ab. Zum Ueberflus trugen eine Anzahl der auf dem Kai herumliegenden Eisenstücke in weißer Farbe die Aufschrift: „Ruhboden für die Munitionskammer“, andere ebenso die Bezeichnung: „Torpedokammer“.

Vollends in Kiel hat unter den Hunderten von Arbeitern, die auf der Germania-Werft mit dem Bau dieser „Luftjachten“ beschäftigt waren und es noch sind, über den positiven Ausgang der Lübecker Aktion tagelang eine, allerdings stark mit Ingrimm untermischte Heiterkeit geherrscht. Wurde doch auf der Werk von den Vorgesetzten und Meistern sämtlicher Betriebe, die an der Herstellung dieser Fahrzeuge beteiligt sind, nie der geringste Hehl daraus gemacht, daß die anzufertigenden Teile für Torpedoboote bestimmt seien. So ist z. B. den Arbeitern in der Maschinenwerkstatt, die die Möbel für diese Boote anzufertigen haben, ohne weiteres gesagt worden, daß es sich um Einrichtungsgegenstände für Torpedoboote handle. In der Kupferschmiede wurden Kondensatoren für diese Baumnunen angefertigt, auf deren Zeichnung ausdrücklich bemerkt war: „Zum Anschluß für die Torpedo-Luftpumpe“.

Um nur aber auch den letzten Zweifel über den Charakter dieser nur für die Sachverständigen in Lübeck mysteriösen Fahrzeuge zu zerstreuen, gibt unser Parteiorgan in einer photo-graphischen Aufnahme den zeichnerischen Aufsatz der Boote wieder. Selbst den Lübecker Sachverständigen wäre, wenn sie diese Zeichnungen vor sich gehabt hätten, am Ende aufgedämmert, was jeder Laie im entlegensten Winkel des Binnenlandes, der auch nur einmal auf einer Anstichpostkarte die Abbildung eines solchen Dinges gesehen, sofort feststellen wird: natürlich sind das Torpedoboote. Kein klüberlich sind sogar an Deck die drei Schnellfeuergeschütze und die drei Torpedolanzierrohre eingezichnet.

Die Zeichnung, zu der die Aufschrift gehören, trägt am Kopfe die Schiffs-Raumnummern 116, 117, 118, was bedeutet, es werden vier Fahrzeuge nach diesem Muster angefertigt.

S 112 ist das Torpedoboot, von dem in Lübeck Teile beschlagnahmt wurden, die anderen drei, S 118, S 116, S 117, werden zur Zeit auf der Werk fertiggestellt.

S 117 wird gleichfalls nicht fertig gestellt; es ist wie S 112 zum Auseinandernehmen und zum Versand in einzelnen Stücken bestimmt. SS 116 und 117 werden dagegen auf der Werk fertig gemietet. Sie sollen als Ganzes aus der Kieler Förde herausgebracht werden. Sie werden vermutlich eines schönen Tages eine Probefahrt machen und verschwinden.

Die drei Boote 116, 117, 118 sind im Bau schon weit vorgeschritten, SS 116 und 117 werden jetzt fertig gestellt und S 118 wird gleichfalls in nächster Zeit vollendet sein.

Wenn die Direktion der Werk in einer zur Dispersion der Öffentlichkeit in die Presse, beispielsweise in die „Köln. Ztg.“ langierten Notiz darauf hinweist, daß in der Lübecker Sendung die innere Einrichtung des Bootes, die Kessel und Maschinen, fehle, so ist das natürlich kein Beweis für die Harmlosigkeit des Materials. Die fehlenden Teile werden eben in anderer Weise verschickt, die Maschinen etwa als Betriebsmaschinen an private Fabriken in Russland, was um so weniger auffällt, als die Germania-Werft vielfach solche Maschinen nach Russland liefert. Und wenn weiter das Lübecker Sachverständigen-Gutachten sich darauf beruft, daß das Lübecker Material als unmittelbar zu Kriegszwecken bestimmt nicht angesehen werden könne, da seine Aufsammlung längere Zeit beanspruchen würde, so ist dieser Einwand ebensowenig stichhaltig, denn die einzelnen Teile, Spanten, Platten und dergleichen sind sorgfältig mit Nummern und farbigen Markierungen versehen, so daß sie auf der Helsingfors-Werk sofort zusammengesetzt werden konnten, zumal ein Ingenieur und technisches Personal der Germania-Werft die Sendung begleiteten.

Im Austausch offenbar für diese an Russland abgegebenen Krupp'schen Anstalten sind seit geraumer Zeit auf der Germania-Werft russische Aufsichtsbeamte stationiert, die den Bau der Torpedoboote zu überwachen und die speziellen Instruktionen der russischen Regierung der Krupp'schen Direktion zu übermitteln haben. Die russischen Herren sind bezeichnenderweise nicht in einem Hotel untergebracht, wo sie als Gäste in die von der Polizei vorgeschriebenen Fremdenlisten eingetragen werden müßten, sondern sie wohnen im Logierhause der Werk, für das dieser Zwangsmaßnahme nicht besteht, und zwar haben sie besondere, von dem allgemeinen Verkehr abgeschlossene Räume inne.

Graf Sklow hat im Reichstage wiederholt versichert, die japanische Regierung könne ebenso wie die russische „auf unsere Kritik und lokale Neutralität zählen“. Wenn auch nach der Vernichtung der russischen Seemacht die vier Torpedoboote nun auch keinerlei Bedeutung für das Schicksal des Krieges haben können, so kann dieser Umstand, wie sich versteht, in gar keiner Weise die Neutralitätspflicht berühren. Sollen die Erklärungen des Reichslandtags ehrlich gehalten werden, so ist ein unverzügliches Einschreiten gegen die völkerrechtlich überaus empfindliche Post der Germania-Werft dringend geboten!

Die Bergeschkommission des Herrenhauses

nahm am Dienstag den Artikel I der Vorlage un verändert nach den Beschließen des Abgeordnetenhauses mit 11 gegen 8 Stimmen an.

Die Abänderungsanträge waren vorher mit 11 bis 12 Stimmen abgelehnt worden.

Der Artikel I betrifft das Kullens, den Wagenkontrollen, die Strafen an Stelle des Kullens und die Arbeiterauschüsse.

Abgelehnt wurde somit auch der Antrag des Junkers v. Burgdorf, der das von der preussischen Regierung zurückgezogene Kontraktbruchgesetz und das selbige Justizhausgesetz zugleich den Bergarbeitern beschränken wollte durch den Antrag, das den Ausschussmitgliedern verboten werde, zur Arbeitseinstellung aufzufordern. Damit ist aber nicht gesagt, daß dieses freche Klientel auf die Bergarbeiter schon gänzlich bereitet ist. Die Anträge können im Plenum wiederkehren und da in der Kommission nur 11 Mann, einer mehr als die Hälfte, dagegen gestimmt haben, kann man noch gar nicht sagen, wie die Abstimmung im Plenum ausfallen wird. Jedenfalls zeigt es sich wieder, daß das preussische Junkertum keine Scham kennt. Dieser Gesellschaft gegenüber gibt es für die Arbeiter nur ein: Entweder Ihr oder wir!

Mittwoch werden die Verhandlungen fortgesetzt. —

Ein Reich, ein Kaiser, ein Volk, eine — Lotterie. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin vom 20. Juni: Der Lotterievertrag zwischen Preußen und Hessen-Thüringen ist am vorigen Sonnabend in Eisenach abgeschlossen worden. Wie wir hören, wird der Vertrag schon in der allernächsten Zeit den Landtagen der beteiligten Staaten mit Ausnahme Preußens zugehen. Der Vertrag bewegt sich, wie verlautet, in ähnlicher Richtung wie die von Preußen mit Mecklenburg-Schwerin und Lübeck abgeschlossenen Verträge. Die hessisch-thüringische Lotterie wird im Frühjahr 1906 eingehen. Die preussische Staatslotterie wird alsdann gegen Zahlung einer reichlich bemessenen Rente an die hessisch-thüringischen Staaten in diesem zugelassen werden.

Ob es sich um Eisenbahnen oder Lotterie handelt, Preußen versucht auf allen Wegen durch das fiskalische Monopol im Reich über die Gesamtpolitik Deutschlands zu entscheiden. —

Gegen die Wymodjess. Als keine Lehre aus dem großen Königsberger Prozeß kann eine Verfügung des preussischen Justizministers gelten (s. „Justizministerialblatt“ S. 176), wonach ausländische Gesandte und Konsula in Deutschland nicht mehr um Auskunft über ausländisches Recht zu eruchen sind. Ebenso sollen auch ausländische Behörden, insbesondere ausländische Gesandte und Konsula nicht mehr in Anspruch genommen werden für die Zwecke der Uebersetzung ausländischer Gesetzesvorschriften.

Zu den russischen Generalkonsula hat man also das Vertrauen endgültig verloren. Aber Herr Wymodjess war doch nur einer von den vielen, die in Königsberg schuldig geworden sind. Herr Wymodjess „Alten“ waren ja immer noch zuverlässiger, als die Verwendung, die man ihnen gab. —

Professor Adolf Wagner erucht um um folgende Nichtigstellung: „In dem Bericht über den Kongreß wird mit einer Stellung zu dem Vergmeister Engel-Essen und zu dessen neulichem Beleidigungsprozeß nachgesagt, die gerade die entgegengesetzte ist, welche ich damals — und auch sonst schon — vertreten habe. Ich führte an, daß das Verdict zwar dem Vergmeister Engel Angeklagten zu einer mäßigen Geldstrafe wegen formeller Beleidigung verurteilt habe, in der Vergütung aber mit Recht das Verhalten und die Behauptungen des Herrn Engel in seinen Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie betreffs deren Einwirkung auf den Bergbaustreit betrafen und tadelte, so daß sachlich mehr eine verdiente Niederlage als ein Sieg des Herrn Engel in diesem Prozeß vorliegt.“

Die Heimgemäuer. München, 20. Juni. (Privatdepesche.) Das Bild von Leo Fay „Bacchanale“ wurde aus dem Glaspalast entfernt. Auf Erklärungen an zuständiger Stelle erfuhr die „Neueste Nachr.“ dazu folgendes: Das Bild war wegen seines Inhalts, nicht wegen seiner künstlerischen Qualitäten von Ausstellungsbesuchern abfällig kritisiert worden. Es wurde deswegen von der Ausstellungsgesellschaft dem Künstler nahegelegt, das Bild zurückzunehmen. Begründet wurde dieser Wunsch mit dem Hinweis darauf, daß die internationale Kunstausstellung mit den vom Landtag bewilligten Zuschüssen der Allgemeinheit zustande gekommen sei und daß deshalb der Allgemeinheit auch in gewissen Grenzen und mit Rücksicht auf die Zukunft Rechnung getragen werden müsse. Leo Fay hat daraufhin das Bild zurückgezogen. —

Schwefelsäure. Offiziell wird mitgeteilt: Im Hereroland wurden von den auf die wichtigsten Orte verteilten Stationsbefehlungen in den letzten Wochen zahlreiche Streifzüge unternommen, namentlich in der Gegend von Waterberg, Driestorero, Dijkhangwe, Eupuro und in der weiteren Umgebung Windhuk. Hierbei sind insgesamt 120 Hereros im Geseht gefangen, 572 gefangen genommen, 60 Gewehre und einiges Vieh erbeutet worden. Das Kaukau-Velt hatte Hauptmann v. Dergen bereits im Mai vom Feinde frei gefunden.

Im Nama-Land griff Hauptmann v. Erdert den 6. Juni am Gamtoos-Fluß (50 Kilometer östlich der Großen Karasberge) eine Werft von Hottentotten Koringas an. Der Feind ließ vier Tote und vier Verwundete liegen, diesseits keine Verluste.

Die Nachricht, daß Hendrik Witboi auf englischem Gebiet bei Dehutu sitze, wird erneut bestätigt.

Huoland.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhaus. Wien, 20. Juni. Bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrages, welcher von der christlichsozialen Partei wegen des angeblich von Arbeitern verübten Ueberfalles auf den Abgeordneten Scheicher gestellt worden ist, griff Graf Sternberg heftig die sozialdemokratische Partei an, welche in Politik und Presse nur von Beschimpfung und Verleumdung lebe. Zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen kam es wiederholt zu Kontroversen und beleidigenden Jurufen. Die Dringlichkeit des Antrages der christlichsozialen Partei wird schließlich angenommen.

Schweiz.

Volkswahl gegen Arbeiterzuz. Basel, 19. Juni. (Eig. Ber.) Das Initiativgesetz zum Schutze der Arbeiter in den Bäckereien ist in der gestrigen Volksabstimmung leider verworfen worden und zwar mit 3682 gegen 1752 Stimmen. Von den 13 000 Stimmberechtigten sind nur 5434, noch nicht einmal die Hälfte, zur Urne gegangen, und auch von den Sozialdemokraten war die Hälfte zu bequamen dazu, ihre Stimmen für dieses Stillschweigen abzugeben.

Frankreich.

Eine kleine Armeereform. Das Komitee der Infanterie hat die Befestigung der Trommler beschlossen. Die Trommler dürften mit Ende dieses Jahres aus der französischen Armee verschwunden sein. Damit werden einige tausend Soldaten ihrem eigentlichen Zwecke, der Ausbildung im Kriegsdienst, wiedergegeben.

Italien.

Ein Gesetzentwurf über die gesetzliche Anerkennung der Arbeitskammern. Rom, 17. Juni. (Eig. Ber.)

Der radikale Abgeordnete Alessio hat dem italienischen Parlament einen Gesetzentwurf über die gesetzliche Anerkennung der Arbeitskammern vorgelegt. Bekanntlich sind die italienischen Arbeitskammern die lokalen Organisationen für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einer Stadt oder einer Provinz, die sich die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats angelegen sein lassen durch das Organisieren der gewerkschaftlichen Propaganda des Arbeitnachweises und der Arbeiterbildungskurse sowie durch Vermittlung in Streiks und Aussperrungen. Bis jetzt haben die Gewerkschaften und die Partei sich stets gegen die gesetzliche Anerkennung ausgesprochen.

Der Gesetzentwurf Alessio will nun diese Anerkennung allen Arbeitskammern gewährt sehen, die sich die Aufgabe der Erziehung und Bildung, der Arbeitsvermittlung und der Vermittlung bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit stellen und die allen Arbeitern eines Distrikts offen stehen: Er legt ferner fest, daß der Ausschuss

und das Exekutivkomitee der Arbeitskammer nach dem System der Prioritätsvertretung gewählt werden müssen und bestimmt, daß der Provinzialausschuss nicht mehr das Recht hat, einen von der Kommunalverwaltung der Arbeitskammer gewährten Zuschuß zu streichen, es sei denn, daß diese Streichung einstimmig beschlossen würde.

Es ist nicht einzusehen, welchen Nutzen die Arbeitskammern von dem Gesetzentwurf Alessio haben würden. Die gesetzliche Anerkennung legt den anerkannten Organisationen nur Fesseln an, unterstellt sie der Ueberwachung der Behörden, die sie auflösen und ihre Güter einziehen können, sobald sie von ihrem Statut abgehen.

Jedenfalls wird die sozialistische Fraktion gegen den Entwurf Stellung nehmen. —

Vom Kriegsjahuplay.

Ein „Reuter“-Telegramm aus Tokio berichtet über die langsame Fortführung der Friedensverhandlungen und zugleich über die in der japanischen Hauptstadt herrschenden Erwartungen auf raschen Fortgang der Kriegsbereinigungen in der Mandchurie. Das Telegramm vom 20. d. M. besagt:

Die Erörterungen über die geplante Zusammenkunft japanischer und russischer Bevollmächtigter dauern fort. Alle Mitteilungen gehen durch die Vermittlung Washingtons. Es sprechen Anzeichen dafür, daß die Regelung aller Einzelheiten dieser Zusammenkunft bald eine vollständige sein wird. Zwischen dem Rate der alten Staatsmänner und den Ministern haben eine Reihe Besprechungen stattgefunden, die sich mit der Frage der Friedensbedingungen und mit der Auswahl der Bevollmächtigten beschäftigen. Man glaubt, daß es möglich sein wird, alles so zeitig zu regeln, daß die Bevollmächtigten mit dem für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendigen Stabe von Hilfsbeamten, im ganzen etwa zwölf Personen, am 30. Juni auf dem Dampfer „Empress of India“ ihre Abreise nach Washington antreten können. Inzwischen nimmt die militärische Tätigkeit lebhaft ihren Fortgang. Wichtige Vorgänge werden auf allen Teilen des Kriegsjahuplayes in Kürze erwartet.

Rosafen-Grenel.

Wie wir der „V. J. am Mittag“ entnehmen, berichtet der Kriegsberichterstatter des „Daily Telegraph“ in der Mandchurie in einer Drahtmeldung von einem Ueberfall, den eine Abteilung Rosafen gegen ein japanisches Feldlazarett unternahm.

Die Abteilung Rosafen, die ganz unermutet aufgetaucht war, fernerste zuerst aus kurzer Entfernung mehrere Salven auf das Lazarett ab und ritt dann mit gegengemem Säbel zum Angriff vor, obwohl die Ärzte und das Lazarettpersonal — im ganzen etwa 300 Mann — durch ihre Abzweigen leicht als Zugehörige des Roten Kreuzes kenntlich waren und sich als solche kenntlich zu machen suchten.

Die Rosafen ließen sich jedoch dadurch nicht abschrecken, sondern sprengten, mit den Säbeln wie Wahnwütige um sich hauend, mitten unter das Personal, wobei viele Nichtkombattanten getötet wurden. Einige flohen von den Herden und gingen gegen die hilflosen Lazarettwärter mit dem Bajonett vor. Während dieser Unglücklichen wurde das Bajonett hauptsächlich in den Schlund gehohlet, andere wurden nahezu enthauptet, anderen wieder wurde der Leib aufgeschlitzt. Die Szene glich einem Schlachtfeld. Nachdem die Rosafen so ihre Arbeit verrichtet hatten, brachten sie die Tragbahnen, die Ambulanz- und die Vorratswagen mit den Arzneimiteln und Instrumenten in Brand und plünderten schließlich noch sämtliche Schlachträume. Beim Rückzug, bei dem sie noch Feuer an die Hüften der chinesischen Bevölkerung legten, schleppten sie 20 Ärzte als Gefangene mit.

Die englische Beschwerde.

London, 20. Juni. Unterhaus. Das Unterhaus trat heute nach den Pfingstferien wieder zusammen. In Beantwortung einer Anfrage sagte Balfour, daß zwischen der englischen und der russischen Regierung ein Schriftwechsel in Bezug auf das Versenden des englischen Dampfers „Saint Alida“ im Gange sei. Die englische Regierung sehe die Sache sehr ernst an, da von keiner Seite in Abrede gestellt werde, daß sie bestimmte Zusicherungen erhalten habe, daß keine derartige Handlung von den russischen Kreuzern vorgenommen werden würde.

Der Empfang der Semstwodeputation.

Englische Mütter bringen den angeblichen Wortlaut der Ansprache des Fürsten Trubekoi an den Jaren. Die Rede klingt sehr kühn und entschlossen, es ist aber fraglich, ob dieser Wortlaut nicht nur freie Phantasie der Sensationspresse ist.

Nach einem Privattelegramm unseres Petersburger Korrespondenten verbreitete sich Fürst Trubekoi, der Führer der aus lauter Konstitutionalisten bestehenden und zum größten Teil demokratisch gestimmten Deputation, über die gegenwärtige Situation und empfahl dringend die sofortige Einberufung einer Volksvertretung, frei vom Klassenprinzip und vorbereitet durch ungehinderte Diskussion in der Öffentlichkeit. Der Zar hörte aufmerksam zu. Nach seiner Antwort unterhielt er sich mit jedem über Privatfachen.

Ueber die Bedeutung des Vorganges

telegraphiert unser Korrespondent:

Petersburg, 20. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Ergebnis des Empfanges ist kein besonders wichtiges. Nur wird es der Regierung recht schwerer sein, Versprechen nicht zu erfüllen. Die Semstwolente betrachten den Empfang mit Recht als eine wichtige Kapitulation seitens der Regierung.

Eine bedeutsame Konzession ist der Empfang durch sich selbst; es liegt schon ihm eine Einschränkung des Selbstherrschertums; denn man muß bedenken: der Zar empfing Leute, deren Kongreß von Zepot verboten und trotzdem frech und unbotmäßig abgehalten worden ist. Dagegen ist das Versprechen des Zaren wertlos und verfehlt auch nicht die Erfüllung bescheidenster Forderungen.

Vulgyin's Flucht.

Petersburg, 20. Juni. Die Blätter melden, der Minister des Innern Vulgyin werde sofort nach Durchberatung seines Projektes im Ministerrate seinen Posten verlassen.

Aus der Partei.

An die Parteigenossen!

Die Kompletierung des Partei-Archivs macht es notwendig, die auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Preherzeugnisse aus den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in mehrfachen Exemplaren zu beschaffen.

Wir rechnen hierbei in erster Linie auf folgende Preherzeugnisse: Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung (Coburg), Sozialdemokrat und Reuter Sozialdemokrat (Berlin), Demokratisches Wochenblatt (Leipzig), Flugblätter des Vereinsanges deutscher Arbeitervereine (Frankfurt a. M.), Arbeiterhalle (Mannheim), Nordstern (Gumburg), Der Sozialdemokrat (Hamburg), Freie Zeitung (Chemnitz), Volksstaat und Vorwärts (Leipzig), die Protokolle der Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Protokolle der Vereinsstages deutscher Arbeitervereine usw.

Parteigenossen, die im Besitz dieser oder ähnlicher Schriften sind, bitten wir, uns dieselben für das Partei-Archiv, eventuell gegen zu vereinbarende Bezahlung, zu überlassen.

Auch wenn es sich um unvollständige Exemplare der genannten Zeitungen handelt, sind wir bereit, dieselben zu erwerben.

Anerbietungen bitten wir an den Verwalter des Archivs, W. Hoffen, Mag. Grawwald, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu richten.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten. Berlin, den 17. Juni 1906.

Der Parteivorstand.

Zu das Zentral-Arbeitersekretariat tritt am 1. Juli der Arbeitersekretär Genosse Müller aus Bremen ein. An seine Stelle in Bremen tritt der Genosse J. B. Bach aus Berlin, bisher Vorsitzender des Verbandes der Bureau-Angestellten.

Eine Parteikonferenz für Oldenburg und Ostfriesland beschäftigte sich unter anderem mit der Taktik bei den Landtagswahlen und nahm dazu folgende Resolution an:

Die Parteigenossen im Großherzogtum Oldenburg haben sich wie bisher an den Landtagswahlen zu beteiligen und dort selbständig vorzugehen, wo ein Erfolg aus eigener Kraft zu erwarten ist. — In diesen Fällen dürfen bei den Urwahlen die Parteigenossen nur für sozialdemokratische Wahlmänner stimmen.

Das gleiche gilt für die Wahl der Abgeordneten. Wo die Wahl von Abgeordneten aus eigener Kraft ausgeschlossen ist, können mit anderen Parteien Wahlabsmachungen getroffen werden. Diese Absmachungen dürfen nur als Zweck haben, je nach der Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner Landtagsmandate zu erlangen.

Erscheint eine Wahlabsmachung in dieser Richtung untunlich, so haben die sozialdemokratischen Wahlmänner im ersten Wahlgange nur für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen. In allen ferneren Wahlgängen können die sozialdemokratischen Wahlmänner solche Kandidaten anderer Parteien wählen, welche sich auf gewisse Minimalforderungen verpflichten oder deren Parteien in anderen Wahlgängen für die Wahl eines oder mehrerer sozialdemokratischer Abgeordneter gesorgt haben.

Für die Prüfung und Festsetzung der Wahlabsmachungen werden im Herzogtum Oldenburg und den beiden Fürstentümern Lübeck und Wickenfeld je ein Wahlkomitee nach Maßgabe der geltenden Organisationsbestimmungen gewählt.

Als Kandidat zum Reichstage für den zweiten oldenburgischen Wahlkreis wurde Genosse Hug wieder nominiert. Dem ersten Kreise wurde aufgegeben, einen anderen Kandidaten aufzustellen, um die bisherige Doppelpolitik zu vermeiden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Kommission als Verein.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Radeburg und Umgebung wählte seinerzeit verschiedene Mitglieder zur Vertreibung der Agitation in den beiden altmärkischen Reichstags-Wahlkreisen. Die betreffenden Genossen traten zusammen, nannten sich Landtagswahlkommission und gaben sich aus ihren Reihen einen Vorsitzenden und einen Kassierer. Der Genosse Tielich als Vorsitzender der Kommission wurde vom Kammergericht am 19. Juni wegen Uebertretung der §§ 2 und 18 des preussischen Vereinsgesetzes zu einer Geldstrafe von 15 Mark verurteilt, weil er eine polizeiliche Aufforderung, der Polizeiverwaltung Statuten und ein Mitgliederverzeichnis der Kommission einzureichen, nicht befolgt hatte. Der Angeklagte hatte sich dazu nicht verpflichtet gehalten, da er die Kommission lediglich als ein Organ des Wahlvereins und nicht als einen selbständigen Verein ansah. — Das Kammergericht begründete sein Urteil folgendermaßen: Die Kommissionsmitglieder seien allerdings einzeln gewählt worden mit der Aufgabe, in den erwähnten Kreisen zu agitieren. Sie hätten sich aber untereinander zusammengeschlossen, sich einen Kassierer und Vorsitzenden ernannt und sich einen eigenen Namen „Landtagswahlkommission“ beilehen, mit einem Wort: sich eine eigene Organisation gegeben zur gemeinsamen Verfolgung desselben Ziels und ein selbständiges Vereinsleben geführt. Somit hätten die Kommissionsmitglieder einen selbständigen Verein gebildet. Dieser bezwecke zweifellos eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und unterfalle den Vorschriften der §§ 2 und 18 des Vereinsgesetzes.

Aus Industrie und Handel.

Die Kohlenpreise und Kohlenversorgung in Großstädten.

Die Kohlenversorgung deutscher Großstädte, die im laufenden Jahre gegenüber 1904 erhebliche Zunahmen aufweist, ist durch den Vergarbeiterstreik nicht wesentlich beeinträchtigt worden. Betrachtet man aber die Herkunft der gelieferten Kohle, so ergibt sich, daß im Januar Rheinland-Westfalen als Lieferant von Hausbrandkohle fast völlig ausscheidet, während die schlesischen Zufuhren und die englische und belgische Einfuhr stiegen. Ein Vergleich der Ziffern für Januar und Februar 1905 mit den entsprechenden des Jahres 1904 über den Kohlenverbrauch in 12 der wichtigsten Großstädte zeigt, daß die Gesamtzunahme von 1904 zu 1905 etwa 211 857 Tonnen beträgt. Großbritannien war im Januar und Februar 1905 mit nur 69 917 Tonnen Kohle an der Versorgung beteiligt; im entsprechenden Zeitraum 1905 stieg die Ziffer auf 324 603 Tonnen. Die schlesischen Zufuhren stiegen um 118 805 Tonnen gegen 1904. Der Versand aus Rheinland-Westfalen ging dagegen ganz bedeutend und zwar von 809 071 Tonnen Kohle im Vorjahre auf 643 933 Tonnen im laufenden Jahre zurück.

Für 12 der wichtigsten Großstädte ergibt sich im ersten Quartale eine Zunahme der Kohlenversorgung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 418 405 Tonnen. Besonders stark angewachsen ist im Laufe des April die Versorgung Breslaus mit Brennmaterial; es erhielt 95 061 Tonnen Stein- und Braunkohle gegenüber gegen 57 476 im April des Vorjahres. Der Preis für Kohle ist in Breslau ziemlich schwankend. Für den Doppelzentner Ruhrkohle I zahlte man im April 1905 1,92 M. gegen 1,88 für dasselbe Quantum im Jahre 1904. Der Preis im Januar 1905 hatte 1,96 M. betragen. In Frankfurt a. M. das seinen Bedarf im März zwar um rund 61 000 Tonnen gesteigert hatte, hingegen im April schon wieder 29 000 Tonnen weniger als im Vorjahre bezog, sind die Preise in die Höhe gegangen. Der Preis pro Doppelzentner stellte sich bei Hausbrandkohle auf 2,20—2,30 M. im April des laufenden Jahres gegen 2,10—2,20 M. im Vorjahre. Im Kleinverkauf wurden sogar für einen Zentner Steinkohle 1,30 M. gezahlt gegen 1,15 im Vorjahre. Kräftig zugenommen hat auch die Kohlenversorgung Berlins im ersten Quartale; sie stieg nämlich von 923 609 in den Monaten Januar bis März 1904 auf 1 114 500 Tonnen in der gleichen Zeit 1905. Gleichzeitig ist auch der Preis sowohl für Stein- als auch für Braunkohle gestiegen. Der Doppelzentner oberschlesische Ruhrkohle kostete nämlich frei Kessel bei Abnahme von 30 bis 60 Zentner im April 2,70 M. im Detailverkauf gegen 2,50 M. in der gleichen Zeit des Jahres 1904.

Die Preise für Kohle im Detailverkehr sind gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nicht unerheblich gestiegen, vor allem für Steinkohle. Bei dem Kohlenhändler herrscht sicherlich die Absicht vor, eine Preiserhöhung zu betreiben.

Die Verkehrsannahmen deutscher Eisenbahnen betragen im Mai aus dem Personenverkehr 50 438 014 M. (— 6 230 576 M. gegen den Mai 1904) und aus dem Güterverkehr 112 805 164 M. (+ 12 888 229). Der Rückgang des Personenverkehrs blühte damit in Verbindung stehen, daß in 1904 der Pfingstverkehr in den Mai fiel und in dessen Einwahneziffern zum Ausdruck kam, während Pfingsten 1905 in den Juni fiel.

Gewerkschaftliches.

Streikbruch und Disziplinbruch.

Die Unternehmer sehen es als ganz selbstverständlich an, daß die Behörden ihnen bei der Unterdrückung der Arbeiterschaft behilflich sein müssen. Wenn ein Fabrikant bei der Polizei anknüpft, dann muß diese sofort Beamte schicken, welche einen etwa bestreikten Betrieb bewachen, und wenn ein

Bestmeister dann einem Schutzmann ein des Streikpostenstehens verdächtiges Individuum zeigt, muß dieser den „Verdächtigen“ sofort wegweisen oder gar verhaften. Ist die Polizei lässig in dieser ihrer Pflicht, dann wird sie in den Meisterbesprechungen arg gerüffelt, und die ganz großen Unternehmer scheuen sich nicht, gelegentlich auch einmal einen Minister herunterzuputzen, wenn der Staat ausnahmsweise einmal nicht alle seine Machtmittel in ihrem Interesse angewandt. Alles, ob in Wadestriumpfen, ob in Uniform, hat zu ihren Diensten zu sein.

Ganz elegisch meldet deshalb die „Arbeitgeber-Zeitung“ folgenden Fall:

In Langelsheim streifen die Zimmerer. Ein junger Mann aus dem Orte, der kurze Zeit seiner Militärpflicht in Goslar genügt, nahm sich Pfingsturlaub und arbeitete mehrere Tage als Streikbrecher. Die streikenden Zimmerer meldeten den Vorfall dem Bataillon in Goslar und der Streikbrecher wurde durch einen Unteroffizier wieder nach Goslar abgeführt.

Der Fall liegt für die „Arbeitgeber-Zeitung“ verhältnismäßig harmlos. Der Mann hatte Urlaub genommen, offenbar aber nicht zu dem Zwecke, Streikbrecherdienste zu tun. Nun frevelte er gegen die heilige Disziplin, lief ohne Uniform herum (!) und übte eine Tätigkeit, zu der er offenbar die Erlaubnis nicht eingeholt hatte. Nicht wegen des Streikbruchs, sondern wegen eines Disziplinarvergehens wurde er seinem Bataillon wieder zugeführt.

Deswegen schimpft die „Arbeitgeber-Zeitung“ auch nur auf die Streikenden.

Wir möchten sie einmal hören, wenn ein Regimentskommandeur erklärte: „Es ist unehrenhaft, seinen Kameraden in den Rücken zu fallen; auch denen im Zivill! Darum verbiete ich den Streikbruch!“

Berlin und Umgegend.

Der Tarifvertrag für die Gips- und Zementbranche, welcher im Jahre 1903 nach einem Streit der Rabitzpauer zustande gekommen ist, läuft am 30. September d. J. ab. Am Montag erörterte eine Generalversammlung der im Zentralverband der Maurer organisierten Arbeiter der Gips- und Zementbranche die Frage, ob sie den Vertrag kündigen, beziehungsweise einen neuen Vertrag eingehen wollten. Der Branchenleiter Frisch, der über diese Angelegenheit referierte, führte aus, das Vertragsverhältnis an sich biete den Arbeitern unverkennbare Vorteile. Der hier in Rede stehende Vertrag sei aber von einem Teil der Unternehmer nicht gehalten worden. Es würden nicht immer die vertraglich festgesetzten Löhne gezahlt, Bauarbeiten und Aborte seien oft in einem äußerst mangelhaften Zustande. Auch ein Teil der Arbeiter sei nicht vertragstreu, denn sie arbeiteten nicht selten zu niedrigeren Löhnen als der Vertrag vorschreibt. Gegenwärtig sei die Konjunktur so günstig, daß außer Hilfsarbeitern keine Arbeitskräfte auf dem Arbeitsnachweis der Branche zu haben seien. Mit Rücksicht auf diese Situation könne man wohl Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beanspruchen. — Die Versammlung beschloß einstimmig, den Vertrag zu kündigen, sie beauftragte die Arbeitervertreter in der Zwölferkommission, wegen Abschluß eines neuen Vertrages mit den Vertretern der Unternehmer zu verhandeln. — Die Forderungen, welche die Arbeiter für den Abschluß eines neuen Vertrages stellen, werden in ihrer Gruppenversammlung aufgestellt.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen.

Seine Bewilligung zurückgezogen hat Herr Uter-Rixdorf, Reuterstraße 47. Die organisierten Arbeiter werden die richtige Antwort zu geben verstehen. Bis zur Stunde liegen 800 Bewilligungen vor, darunter zahlreiche Innungsmeister. Die Beschlüsse der Innungsbezirksversammlungen, daß diejenigen in Strafe genommen resp. ausgeschlossen werden sollen, welche die Forderungen bewilligen, können natürlich nur den Zweck haben, die Mitglieder der Innung einzuschüchtern. — Daß man auch versucht, die getroffenen Vereinbarungen zu durchbrechen, ist selbstverständlich. Es ist daher dringend notwendig, auf die Kontrollkarte, rot mit weißem Kreuz, lausend gestempelt, zu achten.

Die Lohnkommission.

Herr Friseur Nowacki, Langestraße 8, bittet uns, mitzutellen, daß er die Forderungen der Gehülfen sofort bewilligt habe. Der Irrtum, daß dies nicht der Fall gewesen sei, wäre nur dadurch entstanden, daß er das Plakat der Lohnkommission nicht von der Straße sichtbar angebracht habe. Das sei geschehen einmal, weil ein Beschluß der Innung das Ausschließen der Plakate untersagt habe, zum anderen aber, weil er nicht deswegen bewilligt habe, um mit Hilfe der Lohnbewegung Kundtschaft unter den Genossen zu fangen, sondern weil er als Parteigenosse die Forderungen aus idealistischen Gründen billigte. Trotzdem hätten ihm eine große Anzahl Genossen aus Unkenntnis der wahren Sachlage ihre Kundtschaft entzogen. Die Verbandleitung der Friseurgehülfen befähigt uns durch beigebrachten Stempel, daß Herr Nowacki die Forderung der Gehülfen als einer der ersten bewilligt hat.

Lohnbewegung der Nagelschmiede. Am Montag fand bei Keller eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle des Schmiedeverbandes statt, in der Siering über den an die Fabrikanten in der Nagel- und Galvanoplastik eingereichten Vorschlag zu einer Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen berichtete. An erster Stelle steht die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden. Ueberstunden sollen mit 10 Pf. Aufschlag bezahlt werden. Für die Verkürzung der Löhne soll für Schmelzmeister ein Minimum von 55 Pf., für Lohnarbeiter von 45 Pf. pro Stunde gelten. Im übrigen ist ein Akkordtarif aufgestellt worden und die Preise sind hier der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend erhöht worden. Was an allgemeinen Bestimmungen aufgeführt wird, entspricht dem im Vertrag mit der Schmiede-Innung festgelegten. Der Redner teilt mit, daß bereits einige Arbeitgeber erklärt haben, auf die Vereinbarung einzugehen. Die Versammlung erklärte sich ohne Debatte mit der Vorlegung der Forderungen einverstanden. — Danach erfolgt die Wahl eines Bureaubeamten und als solcher wurde Hentschel wiedergewählt. Dann gab Siering eine Uebersicht über den Verlauf und die Ergebnisse der Lohnbewegung in den Innungsbetrieben und Zunftgehülfen. Daran schloß sich eine längere Debatte. Sowohl vom Referenten wie von Diskussionsrednern wurde hervorgehoben, daß alle Kollegen, die in Tarifverhältnissen tätig sind, genau darauf achten sollen, daß die Vereinbarungen streng befolgt werden. Wenn Verstöße vorkommen und der Arbeitgeber sich weigert, Abhilfe zu schaffen, darf die Arbeit jedoch nicht sogleich niedergelegt werden, sondern es muß zunächst die Schlichtungskommission angerufen werden. Als Mitglieder der Schlichtungskommission wählte die Versammlung: Märker, Möde, Prjilewski, Kopatschek und Siering.

Bei der Firma Sierow u. Meisch, Stereotypie und Galvanoplastik, Besselstraße 21, hat infolge Maßregelung des Vertrauensmannes das gesamte Personal (Stereotypen, Galvanoplastiker, Graveure, Litho- und Hilfsarbeiter) die Arbeit niedergelegt. Die Versuche seitens des unterzeichneten Vorstandes, die Geschäftsführung zu bewegen, die Kündigung des Vertrauensmannes rückgängig zu machen, waren erfolglos. Es ist an der Zeit, mit dieser Firma einmal ein ernstes Wort zu reden, da aus der ganzen Handlungsweise die Absicht her hervorgeht, sich der organisierten Arbeiter überhaupt zu entziehen. Wie bei dem Hauptgeschäft in Leipzig von jeher die denkbar traurigsten Zustände herrschten, so glauben die Herren auch hier bei Einrichtung dieser Filiale solche Verhältnisse einführen zu können, und nur durch wiederholtes Vorgehen des Personals wurde dieses verhindert. In

welcher Weise die Firma sich Ersatz verschaffen will, geht daraus hervor, daß sie durch Inzerate Mechaniker und Seher verlangt, welche Lust haben, die Stereotypie zu erlernen. Die geduldige Antwort auf solche Inzerate hat bereits das Personal von Hempel u. Co. gegeben, indem es mit Erfolg das Geschäft darauf aufmerksam machte, daß derartige Inzerate für die „Wachdrucker-Woche“ nicht geeignet seien.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl sämtlicher einschlägigen Branchen und ersehen, auf die verlodenden Inzerate im „Vol.-Anz.“ die richtige Antwort zu geben.

Der Vorstand des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker.

Deutsches Reich.

Zur Ausförrung der Zigaretten-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Dieser Tage fanden in Dresden abermals zwei stark besuchte Versammlungen der Ausgesperrten statt, in welchen der Dresdener Vertrauensmann des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Genosse Uhlig, nachwies, daß die Aussperrung der Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen lediglich im Geschäftsinteresse des Truhs, der schon jahrelang bestrebt gewesen sei, die Dresdener Zigarettenfabriken aufzukaufen und dem Truhs einzuverleiben, inszeniert worden sei! Am 23. Mai habe in der Versammlung des Unternehmerverbandes der Direktor des Truhs, Herr Aufschow, den deutschen Zigarettenfabrikanten nicht zustimmen, würde der Truhs nicht nur die Forderungen der Arbeiterinnen bewilligen, sondern noch bedeutend höhere Löhne zahlen, sowie die Marktpreise für die Zigaretten noch bedeutend herunterziehen, so daß die deutsche Industrie gar bald dem Ruin entgegengeföhrt werde! In ihrem blinden Haß gegen die Gewerkschaftsbewegung sind die Zigarettenfabrikanten dem Truhs in das Netz gelaufen, wie die Fliege der Spinne. Was der Truhs jahrelang erstrebt hat, die Zigarettenindustrie an sich zu reißen, wird ihm nunmehr gelingen, da ein Teil der Fabrikanten schon mit Schwierigkeiten zu rechnen hat auf Grund des verhängten Bonfotts und der miserablen Einigkeit der um ihr gutes Recht kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen. Uhlig wies nach, daß der Truhs einen solchen Plan schon lange vorbereitet hatte. Gleich beim Einsetzen der Lohnbewegung hat diese Gesellschaft große Zigarettenmaschinen bestellt, die sie beim Einsetzen der Aussperrung in Betrieb brachte. Heute werden die meisten Truhszigaretten, so z. B. die Juno und die Dubel, mit der Maschine hergestellt, obgleich sie als Handarbeit in den Handel gebracht werden! Aufgabe jedes Gewerkschafts- und Parteigenossen sei es, die Abnehmer und Käufer auf diesen Betrug aufmerksam zu machen, um sie vor Schaden zu bewahren! Weiter teilt der Referent mit, daß auch die Laferme ihre Kerner-Zigarette, die sie als Handarbeit verkauft, auf der Maschine herstellen läßt, und jetzt auch Marken ohne den Lafermestempel herstellt, um dem Vorgehen zu begegnen! Der Referent schließt seine Ausführungen unter der begeisterten Zustimmung der versammelten Ausgesperrten mit den Worten: Solange die Unternehmer ihren Haß, nach dem uns das Koalitionsrecht genommen werden soll, nicht zurückziehen und die minimalen Lohnaufbesserungen nicht zugestehen, werden wir kämpfen in derselben Weise wie bisher. Solange der abscheuliche Haß nicht zurückgezogen wird, werden auch die Berliner Kollegen und Kolleginnen weiter kämpfen. Nach wie vor seien die Ausgesperrten im Interesse der Dresdener Zigarettenindustrie und des ganzen Landes bereit, die Friedenshand zu ergreifen, wenn sie ihnen von den Arbeitgebern gereicht werde. Beharrten aber die Arbeitgeber auf ihrem unwidrigen Standpunkte, dann gebe es nur eins: den Kampf bis aufs Messer.

Der Kampf im rheinisch-westfälischen Brauereigewerbe dauert im Kölner Gebiete schon mehr als 2 1/2 Monat, im übrigen Rheinland-Westfalen schon acht Wochen. Dieser Tage haben abermals Einigungsverhandlungen stattgefunden, die genau so ergebnislos verliefen wie die früheren. Ursprünglich sollten die Verhandlungen am 5. Juni stattfinden. Der Syndikus des rheinisch-westfälischen „Vorkottschuh-Verbandes“ hatte aber „sein Material noch nicht beisammen“, weshalb die Verhandlung auf den 16. Juni verschoben wurde. Aber auch hier erschienen die fünf Vertreter der Brauereien ohne Vollmachten. Ferner erklärten sie, nur noch 70 Stellen für die 800 Ausgesperrten bzw. Streikenden frei zu haben. Nunmehr soll am 27. Juni eine Generalversammlung des Verbandes der Brauereien zu den Forderungen der Arbeitergesellschaft Stellung nehmen. Diese verlangen sofortige Einstellung von 250 Mann, innerhalb vier Wochen weiterer 250 Mann und des Restes bis zum 1. September. Das Verhalten der Brauereirepräsentanten ist die reinste Komödie, und das Angebot, von den 1000 Ausgesperrten ganze 70 wieder einzustellen, eine Verhöhnung der organisierten Arbeiterschaft, die bis jetzt noch nicht vorgekommen ist. Es gibt auch in dem Unternehmerverbande zahlreiche Brauereibesitzer, die nach Frieden geradezu lechzen; aber sie sind machtlos gegen das Großkapitalisientum, das im sogenannten „Vorkottschuh-Verband“ das Szepter führt. Der Kampf wäre übrigens längst beigelegt, wenn die Wirte sich nicht so entsetzlich schäuf gegenüber den Bierindustriellen verhielten. Ueber Beschlüsse und Resolutionen sind die Wirte noch nicht hinausgekommen, obwohl sie schwerer unter den Wirkungen des Vorkottis zu leiden haben.

Christliches. Im Bericht über den Tarifvertrag der Offenbacher Portefeinmüller ist nachzutragen: Es ist nicht festgelegt, daß derselbe Hausindustrielle nur von einer Firma beschäftigt werden darf; arbeitet er aber wirklich nur für eine Firma, dann muß die Firma Kranken- und Invalidenversicherungsbeträge wie für Werkstättenarbeiter entrichten. — Bemerkenswert ist noch, daß die Tarifgemeinschaft gegen den Widerstand der christlich organisierten Portefeinmüller erreicht wurde; diesen gingen die Forderungen viel zu weit, hinterher aber schimpften sie in einem schwarzen Lokalblatt über „Verrat der Arbeiterschaft durch den Portefeinmüllerverband“. Auf der nächsten Seite aber bringt dasselbe Blatt Inzerate, in denen Weibinder (Maler) als Streikbrecher nach Offenbach verlangt werden!

Auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte bei Siegburg (Rheinland) ist eine große Lohnbewegung ausgebrochen, die von dem „christlichen“ Metallarbeiterverband geleitet wird. Die Direktion lehnt jede Verhandlung, auch mit aus ihren eigenen Arbeitern zusammengesetzten Kommissionen ab. Darauf haben die sämtlichen Hochofenarbeiter ihre Kündigung eingereicht. Als Antwort kündigte die Direktion allen Arbeitern der Hochöfen, des Walz- und Puddelwerks. Nur Unorganisierte und Fahnenflüchtige sollen weiter beschäftigt werden.

Von der drohenden Metallarbeiter-Aussperrung in Bayern.

Wie bekannt, haben in den Tagen nach Pfingsten in München Verhandlungen stattgefunden, um die in der Metallindustrie ausgebrochene Streiks und die als Repressalie angedrohten Aussperrungen aus der Welt zu schaffen. Mit dem Ergebnis dieser Unterhandlungen befahte sich am Montagmorgen eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter der Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Nürnberg. Verbandssekretär Reichel, der als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes an den Verhandlungen teilgenommen hat, gab eine eingehende Darstellung von den Beratungen und gab folgende Erklärungen der Arbeitgeberkommission bekannt:

„Wenn die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen ist, werden die bisher angefertigten Revers wieder zurückgegeben. Der Vorstand beschloß, allen Mitgliedern der Maschinenindustrie, der Eisenindustrie und Konstruktionswerkstätten zu empfehlen, die reine Arbeitszeit auf höchstens 58 Stunden herabzusetzen, sofern sie noch längere Arbeitszeit haben, entsprechender Lohnausgleich wie als selbstverständlich erachtet. Die vom Anstand betroffenen Firmen wiederholen ihre bereits gemachten Zugeständnisse und werden in eine wohlwollende weitere Prüfung der Löhne eintreten, insbesondere soweit niedere Löhne in Betracht kommen.“

Die Bildung einer ständigen Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird abgelehnt; die Arbeitgeber sind jederzeit bereit, Wünsche der Arbeitnehmer durch Arbeiterausschüsse oder direkt entgegenzunehmen; für den Bedarfsfall wird die Bildung von Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aussicht genommen.

Der Vorstand beschloß, den Mitgliedern zu empfehlen, bei Abschluß von Akkorden sofort Akkordzettel auszugeben, auf denen Stückzahl und Preise verzeichnet sind.

Die Wiedereinstellung der Arbeiter kann nur nach Maßgabe der Wiederaufnahme des Betriebes in den einzelnen, vom Anstand betroffenen Werken erfolgen.“

Reichel schloß die Annahme einer Resolution vor, die in der Hauptsache folgenden Wortlaut hat:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Resultat der Verhandlungen und erklärt die gemachten Zugeständnisse für ungenügend, namentlich bezüglich der Arbeitszeilverkürzung und der Lohnfrage. Sie hält eine Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 57 Stunden, sowie eine Lohnhöhung von durchschnittlich 10 Proz. für sehr wohl durchführbar und beauftragt die Kommissionsmitglieder der Arbeitnehmer, nochmals in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Sie bringt der Arbeiterkommission volles Vertrauen entgegen und erwartet, daß sie mit allem Nachdruck für die Durchsetzung weiterer Zugeständnisse eintritt, und erteilt ihr in diesem Fall Vollmacht zur Unterzeichnung von Vereinbarungen. Endlich fordert die Versammlung die Kollegen in Bayern allerorten auf, für die weitere Stärkung der Organisation Bedacht zu nehmen und weiterhin auf baldige Erfüllung der allgemein gemachten Zugeständnisse zu dringen.“

In langer Debatte erklärten sich sämtliche Redner dahin, daß diese Zugeständnisse einfach unannehmbar seien und daß an der sofortigen Durchführung der 57stündigen Arbeitszeit und einer mindestens zehnprozentigen Lohnhöhung festgehalten werden müsse. Darauf wurde die Resolution angenommen mit der Abänderung, daß die Zugeständnisse nicht bloß als ungenügend, sondern als unannehmbar bezeichnet werden und der Passus, wodurch der Kommission bei weiteren Verhandlungen Vollmacht zur Unterzeichnung von Vereinbarungen erteilt werden soll, gestrichen wird. Die Annahme erfolgte gegen etwa zehn Stimmen.

Ein Privattelegramm meldet uns: München, 20. Juni. Die Einigung zwischen dem Industriellen-Verband und den Metallarbeitern hat sich geschlossen. — Damit dürfte die Aussperrung über Bayern perfekt werden!

Ausland.

Keine Aufhebung der Massenausperrung in Schweden. Der Hauptvorstand der Schwedischen Werkstatteinigung hat den Verhandlungsvorschlag der beiden bürgerlichen Zeitungsredakteure abgelehnt. Die Unternehmer wollen also den Frieden nicht. Sie weisen in ihrem Antwortschreiben an die Redakteure darauf hin, daß sich ein Komitee, das heißt ein einseitiges Unternehmerkomitee, mit der Ausarbeitung von Minimallohnvorschlägen befaßt. Offenbar verfolgen sie mit der ganzen Aussperrung den Zweck, die Arbeiterorganisationen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt auszuschalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Werkarbeiter-Aussperrung.

Geestemünde, 20. Juni. (W. T. S.) Weil die ausländischen Kesselschmiede der Werften Johann Teeklenburg und G. Seebach nicht, wie gefordert, die Arbeit wieder aufgenommen haben, wurden heute abend 6 Uhr sämtliche Arbeiter der beiden Werften, gegen 3000 Mann, entlassen und die Werften geschlossen.

Die „Alte Lente“-Plage beim Militär.

Bosen, 20. Juni. (S. S.) Der zweijährig dienende Rakutta von 20. Feldartillerieregiment hatte einen jungen Rekruten wegen schlechter Reinigung seines Gewehrs zur Rede gestellt. Es entstand ein Streit, in dessen Verlauf Rakutta den Rekruten mit einem Besenstiel und durch Tritte in den Unterleib schwer mißhandelte. Der Rekrut ist an den Folgen der Mißhandlung gestorben.

Vom Kohlenyndikat.

Essen, (Ruhr), 20. Juni. (W. T. S.) In der heutigen Beiratssitzung des Kohlenyndikats wurde der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge in der Angelegenheit betreffend Berufung der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ gegen die Entscheidung der Kommission der Antrag der genannten Gewerkschaft an die Kommission zurückverwiesen. Die Berufung der Gewerkschaft „Vorussia“ wurde abgelehnt, der Gewerkschaft aber die Berechtigung zur Beschreitung des Rechtsweges zugestanden. Die Umlage für den laufenden Monat wurde in der bisherigen Höhe beibehalten, und zwar für das dritte Quartal 1905 auf 8 Proz. für Kohlen, 11 Proz. für Holz, 4 Proz. für Brekettis festgesetzt. In der anschließenden Besenbesitzer-Versammlung wurden die Verteilungsanteile vom Gesamtabsatz auf 77 Proz. für Kohlen und Holz und auf 80 Proz. für Brekettis festgesetzt.

Im April und Mai betrug gegenüber den veranschlagten 77 Proz. der Verteilungsziffer der tatsächliche Absatz 78,71 Proz. bzw. 79,35 Proz. Die Förderung betrug in den genannten beiden Monaten 5 405 791 Tonnen bzw. 6 400 445 Tonnen oder arbeitstäglich im April 235 034 Tonnen, gegen März 1905 mehr 1,18 Prozent, und im Mai 240 387 Tonnen, gegen Mai 1904 mehr 7,14 Prozent. Der Verband einschließlich des Landesbezugs, des Depuats und der Lieferung der Hüttenzeden an die eigenen Werke betrug im April an Kohlen, Holz und Brekettis 4 922 368 Tonnen, im Mai 5 823 701 Tonnen, oder arbeitstäglich 214 016 bzw. 215 693 Tonnen. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Absatz gegenüber den veranschlagten Mengen befriedigend gewesen ist, die Industrien des Absatzgebietes hätten gut abgenommen, die Abwicklung der Händlerabschlüsse während dieser sonst flauen Zeit sei regelmäßiger gewesen, als während der gleichen Periode in den letzten Jahren. Begünstigt wurde der Absatz dadurch, daß viele Verbraucherkreise, besonders die Eisenbahnen, die während des Anstandes zur Reize gegangenen eisernen Bestände auffrischten. Namentlich kam dies dem Absatz von Brekettis zugute.

Ein netter Ministerbeamter.

Budapest, 20. Juni. (S. S.) Der 27jährige Ministerbeamte Stefan Petröwitsch wurde heute vormittag von der Polizei zu 5 Tagen Arrest und 600 Kronen Geldstrafe und Ausweisung aus Budapest verurteilt. Petröwitsch hatte seiner Geliebten, welche als Gesellschaftlerin tätig war, 6 junge Mädchen zugeführt, die sie in ein öffentliches Haus nach Pola verkaufte.

Ministerkrise in Spanien.

Madrid, 20. Juni. (W. T. S.) Deputiertenkammer. Florens bringt einen Antrag ein, dem Kabinett das Vertrauen des Hauses auszusprechen. Der Minister des Innern führt aus, das Kabinett besitze das Vertrauen der Krone und kann auf Unterstützung durch die öffentliche Meinung zählen, es bleibe also nur die Frage, ob es das Vertrauen des Parlaments besitze. Der Minister greift Maura heftig an, der dem Kabinett seine Unterstützung zugesagt, dabei aber die Absicht gehabt habe, es heimlich zu bekämpfen. Maura erklärt, er habe durchaus nicht den Ehrgeiz, die Regierung wieder zu übernehmen; das Kabinett Villaverde könne nur mit seiner — Medners — Unterstützung leben. Der Antrag Florens wird mit 204 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Arbeiter! Gedenkt der um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiter!

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Dresden, Montag 19. Juni. Die Generalversammlung ist besetzt von 98 Delegierten. Der Hauptvorstand ist vertreten durch Döblin, Vorsitzender; Eißler, Kassierer; Weyer, Hauptverwalter, und Russial, Beisitzer. Die „Correspondent“-Redaktion wird vertreten durch Kexhäuser, das Tarifamt für Deutschlands Buchdrucker durch Sekretär Schliebs, Berlin. Für das internationale Buchdrucker-Sekretariat ist Sekretär Stantner, Bern, für den Verband der elsass-lothringischen Buchdrucker Scholl, Straßburg, für die österreichische Brudervereinigung Obmann Reismüller und Sekretär Woraged, Wien, für den schweizerischen Typographenbund Sekretär Schlumpf, Bern, für den Verband der deutschen Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter Organisation Frau Paula Thiede, Berlin, für den Verband der Lithographen und Stein-drucker Sillier, Berlin und für den Buchbinder-Verband Kloth, Berlin erschienen.

Die Verhandlungen werden wahrscheinlich mehr als eine Woche in Anspruch nehmen.

Bei Eintritt in die Tagesordnung gedenkt Döblin der Toten des Verbandes, zu deren Ehren sich die Anwesenden von den Eigenen erheben. Die Organisation hat in Bezug auf Ausbreitung, Anerkennung des Tarifs usw. erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Verfügung der bayerischen Behörden bezüglich der Herstellung amtlicher Drucksachen in tariffreien Druckereien ist für den Bau Bayern von großem Vorteil gewesen. Infolge seiner vorläufigen Haltung hat der Verband es verstanden, in seinen Reihen Anhänger sämtlicher politischen Richtungen in sich zu vereinigen. Durch den Anschluß an die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands beweisen wir, daß wir mit den anderen Gewerkschaften im besten Einvernehmen leben, in der Organisation selbst aber jeden nach seiner politischen und religiösen Überzeugung festig werden lassen. Gelegentlich des Vergarbeiterstreiks haben die Buchdrucker ihre Pflicht im weitesten Maße erfüllt, es liegen Beschwerden vor, daß einzelne Mitglieder dieser hier finanziell zu sehr überlastet wurden. Die Zahl derjenigen unter den Mitgliedern, die den Verband als melldende Auftrichter und der Arbeit in möglichst großem Maße aus dem Wege gehen, ist bedauerlicherweise im Wachsen. Auch macht sich eine allzu große Rücksichtslosigkeit im Verkehr der Mitglieder mit dem Zentralvorstande bemerkbar. Derartige möge für die Zukunft vermieden werden.

Der Hauptkassierer Eißler gibt Aufschluß über die Kassenlage. Die Verbandskasse bilanzierte am 31. März 1905 in Einnahmen und Ausgaben mit 5 890 822 M. bei einem vorhandenen Barbestande von 3 855 993,05 M. Seit der letzten Generalversammlung, die vor drei Jahren in München stattfand, wurden an Unterstützungen insgesamt ausgegeben 4 441 678,92 M. Seine weiteren kurzen Ausführungen betreffen geschäftsmäßige Rathschläge und Wünsche.

Die Verbandsbezirke des Gaues Rheinland-Westfalen beantragen: Bei einem Vorgehen in nichttariffreien Druckereien zwecks Anerkennung des Tarifes oder Hintanhaltung von Verschlechterungen sind die Gausvorstände befugt, nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse selbständig die Entscheidung zu treffen. Von den getroffenen Maßnahmen ist der Verbandsvorstand unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Nach kurzer Begründung dieses Antrages durch Albrecht, Bodum vertritt Rassinii, Berlin den von dort gestellten Antrag: Bei Gefährdung der Koalitionsfreiheit oder Maßregelung von Vertrauenspersonen steht den Gausvorständen allein das Recht an, sofort Maßnahmen zu treffen, die der Würde des Verbandes entsprechen. Dem Verbandsvorstande ist im jeweiligen Falle herüber eingehend zu berichten. Für dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit gelten dieselben Unterstützungsätze ohne Berücksichtigung der Steuerzeit wie bei Eintreten für den Tarif. Redner hält den Standpunkt und die Entscheidung des Tarifamtes in mehreren Berliner Streitfällen für einen einseitigen zugunsten des Verbandes. Bei seinem Eintreten für die Rechte der Berliner habe ihm der Hauptvorstand keine Toleranz entgegengebracht. Er freue sich darüber, daß das Solidaritätsgefühl der Berliner so entwickelt ist, daß sie nicht nur für ihre eigenen, sondern auch für die Interessen ihrer weniger gut gestellten männlichen und weiblichen Mitarbeiter, des Hilfspersonal, eintreten, deren Berechtigung dazu selbst prinzipialseitig anerkannt wurde. Was der § 182 der Gewerbe-Ordnung gestattet, läßt Redner sich durch die Tariforganisation nicht ver kümmern.

In der Rachmittags-sitzung meint Michaelis, Erfurt, daß der Zentralvorstand wohl nicht in allen Fällen in der Lage sein könne, die örtlichen Verhältnisse zu übersehen und daher den Gausvorständen eine größere Selbständigkeit verschafft werden müsse.

Leichmann, Raumburg betont die Schwierigkeiten, die aus der bisherigen Geschäftshandhabung des Hauptvorstandes den Bezirks- und Ortsverwaltungen gegenüber den Mitgliedern erwachsen.

Döblin fragt sich, ob mit dem von den Rednern eingenommenen Standpunkt das Programm des Verbandes durchgeführt werden könne. Man müsse sich in Streitfällen nicht von der momentanen Erregung leiten lassen, sondern sich auf den Standpunkt der nüchternen Erwägung stellen. Es ist falsch, wenn man sich hier auf den Standpunkt von Vollvertretern gegenüber der Regierung stelle. Die gegenwärtigen Berliner Verhältnisse haben das Resultat gezeitigt, daß Redner seit einem halben Jahre keine Versammlung mehr besuche. Rassinii setzt sich leider über die Verantwortlichkeit hinweg, die mit der Tarifgemeinschaft verbunden ist. Ist der Vorstand denn ein Verräter der Verbandsinteressen, daß man in Berlin sagte, es müßten Redner auf die Generalversammlung geschickt werden, welche das Verbandsinteresse wahrnehmen? Es liegt eine kolossale Selbstüberhebung darin, wenn man wohl für sich selber in Anspruch nimmt, für das Verbandsinteresse einzutreten, jedem Andersdenkenden aber dasselbe Motiv abspricht! Nur durch Zusammenfassen aller Kräfte können Erfolge erzielt werden. Geizig herrsche jetzt nicht mehr dasselbe freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Hauptvorstande und der Berliner Ortsverwaltung, aber früher herrschte auch ein anderer Geist in Berlin. Unnütze Opfer müssen vermieden werden und was die schlechte Behandlung der Mitglieder durch Angestellte der Prinzipale betrifft, darf man einen Einzelfall nicht verallgemeinern. Redner zählt eine Anzahl derartiger Streitigkeiten in ihren Einzelheiten auf, darunter auch einen Fall, wonach einem Vertrauensmann bei seiner Krankheit die Kündigung ins Haus geschickt wurde. Man will für Berlin eine Sonderstellung erringen. (Widerspruch.) Die persönliche Herabsetzung, die in der Behandlung des Hauptvorstandes durch die Berliner liegt, ist ein unhaltbarer Zustand. Er wird mit Freude wieder in das alte freundschaftliche Verhältnis eintreten, wenn der jetzige Ton aus den Versammlungen verschwindet. Die vorhandenen Instanzen zur Erledigung von Streitfällen haben wir uns selbst geschaffen und er setze auf dem Standpunkte, daß Recht auch Recht bleiben soll. Es ist ja so leicht, in einer Versammlung die Massen zu begeistern; aber damit allein ist noch nicht immer den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Bei den Sparten-einladungen werden einseitige Beurteilungen laut und darunter leidet die Allgemeinheit. Würde den Gausvorständen eine größere Selbständigkeit zuteil, so träte diese auch das volle Maß der Verantwortlichkeit und sie sollten sich daher schon deshalb gegen die gedankten Wünsche erklären. Wollen wir die Tarifgemeinschaft, so brauchen wir auch ein einheitliches Vorgehen. Redner führt als Beispiel der Geschäftshandhabung die Metallarbeiter an, wo die Abhängigkeit der Gausvorsteher

vom Zentralvorstande eine weit größere sei als bei den Buchdruckern. Redner führt weiter als Beispiel, wozu die Disziplinlosigkeit im Gewerkschaftsleben führe, den Vergarbeiterstreik im Ruhrrevier an. Auch das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ habe das hervorgehoben. Bei diesem Blatte werde man wohl nicht von Harmoniebücherei sprechen können. Einen Bopanz gegenüber den Prinzipalen kann der Zentralvorstand nicht spielen! Der Wert der Tariforganisation für Rheinland-Westfalen werde unterschätzt. Ueber Rangel an Toleranz gegenüber dem Zentralvorstande dürfe man sich keineswegs beklagen, aber Tarifverletzungen gegenüber den Prinzipalen geben auch dem anderen kontrahierenden Teile das Recht, die tariflichen Abmachungen seinerseits zu durchbrechen. Liebe zur Organisation, das Interesse an der Kollegenschaft soll allein die Richtschnur unseres Handelns sein! (Bravo!)

Reichmann, Raumburg erinnert an frühere Verhältnisse und würde es für seine Person mit Freuden begrüßen, wenn Rassinii bezüglich der Tarifinstitution an verantwortlicher Stelle stünde. Dann würde er wohl anders urteilen als jetzt. Was die vorliegenden Anträge betrifft, so sind sie nicht in annehmbare Formen gekleidet. Was den Entlassungsfall des Vertrauensmannes während seiner Krankheit anbetrifft, hätte der Vorstand allerdings eine andere Entscheidung treffen müssen, da sonst niemand mehr eine Vertrauensstellung würde einnehmen wollen. Suche man sich nicht gegenseitig das Leben sauer zu machen, sondern lieber gemeinsam im Verbandsinteresse zu wirken.

Rosenlehner, Bremen polemisiert gleichfalls gegen Rassinii, dessen Stellungnahme sich nicht mit der Tarifinstitution vereinbaren lasse. (Widerspruch und Wortmeldung Rassinii.) Er setze nicht auf dem Standpunkte, daß man aus Angst vor den Prinzipalen sich alles gefallen lassen solle, verurteile aber die Ignorierung der tariflichen Instanzen in Streitfällen. Im übrigen kann er sich der Anschauung Döblins aber nicht anschließen, daß unter der größeren Selbständigkeit der Gausvorstände der Verband zu leiden hätte. Er empfiehlt die Annahme eines Antrages Bremen, wonach bei Konflikten, die sich wegen der Zugehörigkeit zum Verbands- oder sonstigen nicht mit dem Tarife in Zusammenhang stehenden Anlässen ergeben, die betreffenden Gausvorstände das Recht haben, selbständig die geeigneten Maßnahmen zu treffen und namentlich darüber endgültig zu beschließen, ob eine Maßregelung vorliegt oder nicht. Dem Verbandsvorstande ist jedoch in eingehender Weise bei derartigen Fällen sofort zu berichten. Mit der Annahme dieses Antrages würde man am besten fahren.

Nie-Stuttgart meint, daß der Standpunkt der Berliner sich doch wohl nicht rechtfertigen lasse, erläutert die fälschlichen Verhältnisse, welche ebenfalls mitunter schwierig zu behandeln sind, und weist auch bezüglich der Unterstützung an Zureisende dem Berliner Gausvorstande (Rassinii) Intoleranz nach.

Reichmann, Raumburg meint, man hätte Kollegen im Verband, die infolge ihrer politischen Tätigkeit Maßnahmen beschließen, welche organisatorisch schädigend wirken. Eine größere Bewegungsfreiheit der Gausvorstände hält er im Einverständnis mit seinen beiden Mitdelegierten nicht für notwendig.

Russial, Berlin (Beisitzer des Hauptvorstandes) hält es für unzulässig, daß man in Berliner Versammlungen Mitglieder des Hauptvorstandes als Verbandshäufiger hinstellt, wenn sie ihrer eigenen Meinung Ausdruck geben, da hört doch alles auf! Von den 5000 Mitgliedern des Berliner Gaues sagt das Vereinslokal etwa 400, und von den etwa 300 Ercheinenden wird die öffentliche Meinung gemacht. Redner geht auf einzelne Besprechungsberichte ein und polemisiert gegen die dort zum Ausdruck kommenden Anschauungen Rassinii, die sich nicht mit denen decken, die er früher vertrat. Wäre das der Fall, könnte man sich die Hand reichen. Bei Wahlen in den Berliner Gausvorstand sind nicht sachliche Gründe, sondern die Stellung der Kandidaten gegen den Hauptvorstand maßgebend. Die einberufene Gausvorstände-Konferenz sollte meist dazu dienen, den Berliner Gausvorstand bei den Ohren zu kriegen. Das muß konstatiert werden! Die Unterstützung des Berliner Gausvorstandes dem Hülfarbeitenbetreiber des Tarifamtes, Giesecke, gegenüber sei so ungenügend gewesen, daß dieser erklärte, unter solchen Verhältnissen nur schwer weiter antizipieren zu können. Auf der Gausvorsteher-Konferenz sei das Verhalten des Berliner Gausvorsteher einstimmig verurteilt worden. Das sage genug. Redner hofft, daß dieser Standpunkt auch hier zum Ausdruck komme. Bezüglich des Zustandes des Tarifvertrages mit den Hülfarbeitern habe auch der „Vorwärts“ sowohl wie das „Correspondenzblatt“ den Standpunkt eingenommen, den der Zentralvorstand teilt. Bezüglich der Gausvorsteherfrage wollte man jetzt die Delegierten mit gebundenem Mandat hier beschließen.

Rätzle, Berlin polemisiert gegen die Ausführungen des Vorredners und der anderen Gegner der größeren Selbständigkeit der Gausvorstände in sachlich-rühiger und maßvoller, doch überzeugender Weise. Die Tariforganisation darf nicht dazu führen, falsche Rücksichten zu üben.

Döhnel, Chemnitz nimmt in der Selbständigkeitsfrage einen vermittelnden Standpunkt ein. Etwas größere Bewegungsfreiheit sei mitunter nicht zu verwerfen, doch dürfe dieselbe nicht zu Unzulänglichkeiten führen.

Nach kurzen Ausführungen von Palm-Weimar erinnert Giesecke, Berlin daran, daß der Tarif nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch eingehalten werden solle. Mehr als aber darin liegt, dürfe man auch nicht hineininterpretieren. Wenn die Generalversammlung erklärt, daß sie größere Bewegungsfreiheit für die Gausvorstände beschließen, so erklärt sie sich für das Delegationsprinzip, das nach Ansicht aller „Massenbewußten“ Arbeiter zur Verjüngung führt.

Bonkyl, Berlin meint, daß der am ersten Tage der Gausvorsteher-Konferenz bezüglich der Berliner Verhältnisse gefaßte Beschluß anders ausgefallen wäre, wenn die Anwesenden schon davon Kenntnis gehabt hätten, was sie am zweiten Verhandlungstage erfahren. Davon habe man aber nicht gesprochen. Falls die vorliegende Fassung des Berliner Antrages ein Hindernis seiner Annahme bilde, so könne dem leicht abgeholfen werden. Es ist ein durchaus verkehrter Standpunkt, wenn man annimmt, daß das eingegangene Tarifverhältnis die Verletzung des Solidaritätsgefühls gegenüber den Hülfarbeitern verhindere. Die Entlassung des erkrankten Vertrauensmannes habe das Tarifamt damit gerechtfertigt, daß der Prinzipal zweifellos das Recht habe, die Entlassung vorzunehmen. Die Behauptung vom Mangel an Kollegialitätsgefühl gegenüber zureisenden Kollegen seitens der Berliner weist Redner an der Hand von Tatsachen zurück. Den Mangel an kollegialer Behandlung, über den Russial sich so bitter beklagt, habe er durch sein persönliches Auftreten sich selber zuzuschreiben. Was die Amtsniederlegung-Drohung Gieseckes anlangt, so habe dieser an einem Tage das Amt niedergelegt und am nächsten wieder aufgenommen. Auch die sonstigen Anschuldigungen Russials stehen auf schwachen Füßen.

Nach einer persönlichen Bemerkung und Verlesung einer langen Reihe von Begrüßungstelegrammen wird die Sitzung geschlossen.

Zweiter ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Stuttgart, den 19. Juni 1905. Im großen Saale der Stuttgarter Vlederhalle ist Montagabend um 8 Uhr der zweite ordentliche Genossenschaftstag des Zentral-

verbandes deutscher Konsumvereine eröffnet worden. In den Nebenräumen ist eine sehr interessante Warenausstellung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg etabliert, die in sehr instruktiver Weise die Bedeutung der Großverkaufsgesellschaft und der mit ihr in Verbindung stehenden Produktionsgenossenschaften veranschaulicht. Die hiesigen Anlagen der einzelnen Konsumvereine und Genossenschaften, die in zahlreichen bildlichen Aufnahmen die Wände der einzelnen Säle schmücken, machen einen geradezu imponierenden Eindruck. Großes Interesse erweckt das ausgestellte Modell des vom Baumeister Krug in Hamburg errichteten großen Gebäudes, das 300 bis 400 Wohnungen für Mitglieder des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ schaffen soll. Der Genossenschaftstag ist sehr zahlreich besetzt. Es sind über 500 Delegierte gemeldet, besonders zahlreich sind natürlich die württembergischen Konsumvereine vertreten. Der Genossenschaftstag wird vom Verbandsvorsitzenden Kadebstok eröffnet, der die Delegierten und die anwesenden Gäste begrüßt. Zahlreiche Gäste sind aus dem Auslande gekommen; aus Dänemark ist der Präsident der Kopenhagener Großverkaufsgesellschaft Jørgensen und der Landtagsabgeordnete Karl Hansen, Skide erschienen, aus England sind anwesend als Vertreter des Verbandes der englischen Genossenschaften Deans und Warwick sowie Mr. E. Booth, aus Italien der Genossenschaftspräsident Buffoli und der Sekretär Mellini, aus der Schweiz der Direktor der schweizerischen Konsumvereine Augst, aus Oesterreich-Ungarn Direktor Remole, Vorsteher Wismann und Sekretär Exner, aus Finnland Herr Direktor Danner. Weiter sind als Gäste anwesend Oberamtsarzt Rühberger aus Traillheim, Umbreit für die Generalkommission der Genossenschaften. Altman für den Verband der Bäcker, Josephson für den Verband der Handlungsgehilfen, Döhnel und Poetsch für den Verband der Lagerhalter. Schließlich sind der Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften durch den Sekretär Gerner und der Zentralverband ländlicher Genossenschaften durch den Redakteur Buchrader vertreten.

Staatssekretär Graf Polabowky sagt im Namen des Reichskanzlers und in seinem eigenen Namen in einem Schreiben für die Einladung Dank, erklärt aber die Entsendung eines Kommissars für nicht angehtig. (Rufe: Bravo!) Der Vorsitzende bemerkt dazu: Ich möchte den Herren eine halbjährige Verbesserung ihrer Verhältnisse wünschen, sie scheinen sehr überlastet zu sein. (Heiterkeit.)

Auch die württembergische Staatsregierung hat eine Vertretung auf dem Genossenschaftstage abgeleht (Rufe: Bravo!), dagegen ist die württembergische Zentralfelle für Gewerbe und Handel durch den Assessor Schäfer vertreten, die Stadt Stuttgart durch den Gemeindevorstand Metlich, während Stadtdirektor Ridel sein Fernbleiben entschuldigt.

Aus den verschiedenen Begrüßungsansprachen hebt hervor die Ansprache des Vertreters der Generalkommission Umbreit.

Er bezeichnet das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften als ein freundliches trotz der kritischen und polemischen Äußerungen, die auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß gegen die Genossenschaften gefallen seien. Auch in Köln sei das Empfinden vorherrschend gewesen, daß beide große wirtschaftliche Bewegungen Glieder eines Stammes sind, berufen, das Los der arbeitenden Klassen zu heben. Gerade aus dem Geiste der Verwandtschaft seien die Kritiken erfolgt. Es handelte sich in Köln um keine Klassengegensätze, sondern vorherrschend war das Gefühl der Einigkeit, nur gemischt mit Gefühlen des Bedauerns, daß die Verhältnisse nicht überall so ideal sind, wie sie auf beiden Seiten gewünscht werden. Der Gewerkschaftskongreß hat die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Erziehung anerkannt und damit zugleich der politischen Bewegung ein Beispiel gegeben, wie man, ohne sich in theoretische Gedankengänge zu verlieren, praktisch für das Genossenschaftswesen eintreten kann. Die Gewerkschaften sind gewillt, freundschaftliche Beziehungen zu den Genossenschaften zu pflegen, und hoffen das Gleiche auch von den Genossenschaften. Der Kölner Kongreß hat die Notwendigkeit eines zielbewußten Zusammenarbeitens beider wirtschaftlichen Bewegungen anerkannt und damit eine neue Epoche für Hebung des Proletariats mit einleiten helfen. (Lebhafter Beifall.)

Die heutige Sitzung erreichte damit ihr Ende. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen Dienstag früh 9 Uhr.

Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Die Frage der Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts hat bereits, wie ja zu erwarten war, eine große Rolle in den Verhandlungen gespielt und zu verschiedenen Klageabweisungen geführt. Bereits in der ersten Sitzung wurde eine Schlahtermasse mit ihrer Klage abgewiesen, weil nach Ansicht des Gerichts sowohl sie wie ihr Arbeitgeber nicht dem Handelsstande zugezählt werden konnten, und ebenso erging es einem Buchhalter, der gegen einen Steinsegermeister klagte, dessen Firma nicht handelsgerichtlich eingetragen war; in diesem Falle allerdings nicht des Klägers wegen. In der Plenarsitzung der zweiten Kammer, die am 19. Juni tagte, wurden einige Klagen abgewiesen, weil die Kläger als Provisionsreisende ohne feste Gehalt angenommen und danach nicht als Handelsangestellte zu betrachten waren. In einem Falle lag die Sache besonders schwierig. Der Kläger, ein pensionierter Lehrer, nun Wanderlehrer und Redner, war von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung als Provisionsreisender für Lieferungsgegenstände angenommen worden und man hatte ihm, wie er behauptete, Reisevorschuß versprochen, den er trotz wiederholter Anfrage nicht erhalten konnte. Deshalb sowie wegen Verögerung der Juststellung der Probehefte konnte er seine Reise nicht antreten und beanspruchte nun 300 M. Schadenersatz. Die Klage wurde jedoch abgewiesen, nachdem der alte Reisende des Geschäfts behauptet hatte, daß der Kläger ohne Zustimmung eines bestimmten Reisevorschußes angenommen worden war, und diese Aussage bestritten wurde.

Ob Adressenschreiber oder Handlungsgehilfe, die Frage führte zu einer längeren Beweisaufnahme bei der Klage eines jungen Mannes, der zwar keine kaufmännische Vorbildung genossen hatte und seinerzeit in einem größeren Handelsgeschäft als Adressenschreiber angestellt worden war, aber im Laufe der Zeit verschiedene andere Arbeiten, wie Führung der Kundenlisten, Registraturarbeiten, zeitweise Verwaltung der Postlässe und dergleichen mehr verrichtet hatte. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß dies kaufmännische Arbeiten seien und der Kläger als Handlungsgehilfe anzuziehen sei. Es war eine vierwöchige Kündigungsfrist vereinbart worden. Der Kläger war am 1. April auf den 1. Mai gekündigt worden und als er die Kündigung, weil verspätet, zurückwies, meinte der Chef, die Frist betrage ja noch mehr als die vereinbarten 28 Tage. Da nun somit eine längere als die durch Vereinbarung zulässige Kündigungsfrist von einem Monat vorliege, meinte der Kläger Anspruch auf die in solchem Fall eintretende sechswochige zu haben. Das Gericht nahm jedoch an, daß hier unter der vierwöchigen usancenmäßig die einmonatige Kündigungsfrist zu verstehen sei und verurteilte den Vorkläger, da die Kündigung auf den 1. April als verspätet anzusehen sei, dem Kläger das Gehalt für einen Monat auszusuchen.

Ein Vergleich unter Vorbehalt kam zwischen dem Chef einer Kleiderfirma und ihrem ehemaligen Filialverwalter zustande. Die Firma hatte den Mann plötzlich entlassen, weil sie

entbehte, daß mehrere Anzüge abhanden gekommen waren. Der Kläger, der 142 M. beanspruchte, erklärte, daß bei Einrichtung der Filiale keine ordnungsmäßige Inventur aufgenommen worden sei, und daß bei der Inventur, wo das Manlo festgestellt wurde, er nicht zugezogen worden sei. Außerdem war nicht vereinbart worden, daß er für jedes Manlo haftbar sein sollte. Mit Rücksicht darauf, daß der Prozeß durch langwierige Beweisaufnahmen sehr umfangreich werden würde, kam ein Vergleich dergestalt zustande, daß der Beklagte dem Kläger 80 M. zahlen soll, daß aber die Parteien sich das Recht vorbehalten, diesen Vergleich binnen acht Tagen durch Anzeige zu den Gerichten zu widerrufen.

Ein Paar schöne Kravatten statt Geldlohn konnte sich ein Handlungsgehilfe auswirken lassen, daß er am Oster-Sonntag und Montag in einem Herrenartikelgeschäft zur Ausbülfe tätig war, dessen Chef sich mancherlei rednerische Verdienste um die Hebung des Standes der Kleingewerbetreibenden und um das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalen und Gehilfen erworben hat. Aber der junge Mann wollte nicht Waren, sondern Lohn, und verklagte seinen Arbeitgeber auf Zahlung von 10 M. Der Beklagte aber behauptete, der Kläger habe nicht ordnungsgemäß gearbeitet. Die Aussagen der zwei Zeugen, die der Beklagte mitgebracht hatte, genügten dem Gericht nicht, um ein Urteil darüber zu sprechen, ob und inwiefern die Ansprüche des Klägers berechtigt waren; Vergleichsversuche blieben erfolglos und darum soll in einem neuen Termin auch noch die Ehefrau des Beklagten als Zeugin vernommen werden, um diesen 10 Mark-Prozeß zur Entscheidung zu bringen. Der Beklagte aber legte noch am Schlusse der Verhandlungen ein kräftiges Wort für die Ehre des Kaufmannsstandes ein.

Ein amtliches Zeugnis für den Achtstundentag. In Königsberg wurde vor einigen Jahren der Achtstundentag für die Gasanstalt eingeführt. Als man sah, daß er sich vorzüglich bewährte, führte man ihn im Elektrizitätswerk auch ein. Auch die Arbeitszeit der Straßenbahnen wurde erheblich verkürzt. In diesem Jahre äußerte sich der Magistrat in der Stadtverordneten-Versammlung über die Erfahrungen, die er in der Gasanstalt mit dem Achtstundentag gemacht hat. Das Resultat fiel vorzüglich aus, und unser Genosse Braun stellte den Antrag, das Material, das der Gasanstaltsdirektor Kobbert gesammelt hatte, drucken zu lassen. Der Antrag wurde angenommen und aus dem jetzt vorliegenden amtlichen Druckwerk teilt unser Berichterstatter einiges mit. So heißt es darin:

„Es wurde in den bisherigen zwei Jahren Betriebsdauer der neuen Gasanstalt die Erfahrung gemacht, daß die Haltung der Betriebsarbeiter eine ganz vorzügliche war, dagegen waren Trunkenheit im Dienst und andere Disziplinverletzungen gerade im Ofenhaus im alten Betriebe nicht selten.“

Also vor dem Achtstundentag Trunkenheit, jetzt vorzügliche Haltung. Aber weiter! Man lese:

„Im alten Betrieb der Gasanstalt und nach Mitteilungen der Betriebsleiter größerer Gaswerke mit zwölfstündiger Schichtdauer ist die Erfahrung gemacht, daß besonders im Frühjahr und Herbst gerade das Ofenhaus einschl. Kohlentransport die größte Anzahl Kranker stellt; es handelt sich dabei meistens um Rheumatismus oder akute Erkrankung der Atmungsorgane. Auffallenderweise haben wir bereits im ersten Jahre der achtstündigen Schicht und auch bisher die Beobachtung gemacht, daß bei dem dreimaligen Schichtwechsel die Erkrankung verschwinden ist. Wir haben dann von der Gasanstalt in Mainz, wo gleichfalls die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, vor kurzem dieselbe Beobachtung bestätigt gehört. Die Gründe sind naheliegend...“

„Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die leider oft ausgesprochene Erwartung, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkohol tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Ueber die Leistungsfähigkeit sagt der amtliche Bericht: „Es haben sich bei den vorstehend erörterten Arbeitsverhältnissen die Tagesleistungen der Arbeiterkolonnen nicht verringert; bei Arbeiten auf freier langer Strecke ist die Leistung pro Mann und Tag sogar gestiegen.“ Dieses Zeugnis wird den Augenarbeitern ausgestellt, die eine neunstündige Arbeitszeit mit halbstündiger Pause haben.

„Bezüglich der Disziplin konnte festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse merklich geändert haben durch den Fortfall einer langen Pause, die doch meist in der Nähe der Pausen, in der Destille verbracht werden muß. Das gilt namentlich für die Lohnungsleute und bezüglich der bei Rohrreparaturen angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Letztere bleiben sehr häufig nach wenigen Tagen von der Arbeit fort, oder kommen nach der Mittagspause betrunknen zur Arbeitsstelle. Dieses Uebel ist nahezu ganz ausgeschaltet worden bei den Rohrverlegungsarbeiten in den Vororten mit durchgehender verkürzter Arbeitszeit.“ „Die bestehende Arbeitsteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin...“

„Es wurde nun auch versucht, bezüglich der durchgehenden Arbeitszeit Uebelstände technischer oder wirtschaftlicher Natur festzustellen, soweit das nach der kurzen praktischen Erfahrung möglich ist. . . Beim Betriebe haben solche Nachteile nicht festgestellt werden können. . . Bei Installationsbetrieb und Rohrlegung wird von den zunächst beteiligten Dienststellen in jeder Hinsicht nur günstiges über die verkürzte Arbeitszeit berichtet. Kleine Uebelstände ergeben sich zuwilen daraus, daß die Aufsichtführenden bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Arbeiterkolonnen zuweilen nicht schnell genug die Abnahme der Arbeit bewirken. . . Unserer Ueberzeugung nach wird aber Gesundheit wie auch Disziplin noch mehr erhalten und gesteigert.“

Dieses Zeugnis einer Stadtverwaltung, die politisch auf dem Boden der freisinnigen Volkspartei steht, also durchaus nicht im Geruch des sozialpolitischen Stürmers, ist noch deshalb besonders wertvoll, weil es sich hier zum Teil um den gewaltigen Sprung von der zwölfstündigen zur achtstündigen Schicht handelt. Gegenüber diesen Erfahrungen erscheint der hartnäckige Widerstand gegen die geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit als eine lächerliche Borniertheit. Man würde die günstigsten Erfahrungen machen, wenn man nicht nur den Vergarbeitern, sondern allen Arbeitern sofort durch Gesetz den Achtstundentag garantierte.

Eisenbahn-Salutologie.
Wir sind unerschuldigt an dem Worte, es ist eine originale Erfindung des preussischen Abgeordnetenhauses und bedeutet in sinnvoller Uebersetzung: preussischer Wind. Das Wort ist gewöhnt zur Bezeichnung einer vom preussischen Landtage wiederum original erfundenen Körperschaft, die das Wohl aller Preußen ohne Unterschied auf die höchsten Höhen heben soll, ohne daß es etwas kostet. Weiter wissen wir nichts von ihr. Jetzt hat aber der preussische Eisenbahnbudde noch seine Extrasalutologie eingerichtet durch folgenden Erlaß:
„Wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß die Fürsorge für das Wohl ihrer Bediensteten zu den vornehmsten Aufgaben der königlichen Eisenbahndirektionen zu rechnen ist. Um die für die Wohlfahrt

der Eisenbahnbediensteten getroffenen Einrichtungen ferner mehr zu vervollkommen und die Anregungen, welche auf diesem Gebiete gegeben werden, einer sachgemäßen Prüfung zu unterziehen, berufe ich einen Ausschuss, bestehend aus den künftigen Eisenbahndirektionen in Berlin, Kassel, Köln, Danzig, Erfurt, Hannover und Mainz, dessen Leitung ich der königlichen Eisenbahndirektion in Berlin übertrage. Abgesehen von der allgemeinen Fortbildung sämtlicher Wohlfahrts-Einrichtungen, wird der Ausschuss seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Angelegenheiten der Pensions- und Krankenassen, der Unfallfürsorge und Unfallversicherung, des Wohnungswesens, der Fürsorge für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bediensteten der Eisenbahnvereine und ihrer Wohlfahrts-Einrichtungen zu erstrecken haben und zu diesem Zweck je nach dem Umfange des vorliegenden Arbeitsstoffes, in der Regel aber nicht öfter als halbjährlich einmal zusammenzutreten. Ich befehle mit Vor, in geeigneten Fällen den Ausschuss zu hören, und empfehle den künftigen Eisenbahndirektionen, vor der Entscheidung wichtiger Fragen und vor Einführung wesentlicher Neuerungen die Meinung des Ausschusses eingehend zu hören, und die Anberaumung von Ausschusssitzungen ist mir unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig Kenntnis zu geben, da ich mir vorbehalte, in geeigneten Fällen Kommissare zur Teilnahme an den Verhandlungen zu entsenden. Ebenso sind mir alle Niederschriften über stattgehabte Ausschusssitzungen einzureichen.“

„Daß unsere Uebersetzung „preussischer Wind“ richtig ist, wird man nach dem Studium dieses Erlasses zugeben. Ausreichende Löhne gibt's nicht; Verkürzung der Arbeitszeit gibt's nicht; Koalitionsfreiheit gibt's nicht; freie politische Betätigung gibt's nicht; aber Wind gibt's, der nichts kostet, ähnlich wie die russische Bureaucratie seit dem Auftreten der Revolution durch zahllose Konferenzen und Erlasse Wind macht.“

Leser- und Dichterkreis Süd-Ost. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tolkendorfer, Göttingerstr. 58: Vortrag des Genossen Wald über Plato und der urchristliche Kommunismus. Güte willkommen.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Finkenstraße 73: Versammlung der Schleswig-Holsteiner mit Frauen. Landleute sind eingeladen.

Central-Verband der Rechner. Mitgliedschaft Berlin. Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a: Mitglieder-Versammlung. Güte willkommen.

Verband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 22. Juni, abends 10 Uhr, Rosenthalerstr. 11/12: Versammlung Tagesordnung: Der Stand der Lohnbewegung. Erscheinen notwendig.

Witterungsüberblick vom 20. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. 7/8 u. 4 P.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. 7/8 u. 4 P.
Emmende	767	W	1	wolkig	19	Haparanda	760	D	2	bedeckt	13
Hamburg	767	W	2	wolkig	18	Petersburg	761	W	1	halb bb.	23
Berlin	767	SW	1	wolkig	20	Scilly	761	W	3	bedeckt	14
Krank. a. M.	767	N	3	halb bb.	19	Norwegen	758	W	3	halb bb.	14
München	767	W	4	bedeckt	15	Paris	768	W	1	wolkig	17
Wien	764	N	1	bedeckt	17						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. Juni 1905.
Vorwiegend heiter, trocken, aber warm und schwül bei schwachen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 19. Juni. Elbe bei Hufsch - 0,15 Meter, bei Dresden - 1,34 Meter, bei Magdeburg + 0,9 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 1,10 Meter. - Oder bei Rathbor + 1,44 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,04 Meter, bei Breslau Unter-Regel - 1,00 Meter, bei Frankfurt + 1,24 Meter. - Weichsel bei Braßmünde + 2,73 Meter. - Warthe bei Posen + 0,44 Meter.



Sunlight Seife

Es ist nicht erforderlich, viel Seife zu verbrauchen. Kleine Mengen genügen, um die grösste Wäsche zu bewältigen, weil Sunlight Seife ausgiebig ist und sie sich leicht und schnell über grosse Flächen verteilt. Es ist ein Irrtum, beim Einseifen der Wäschestücke grosse Körperkräfte aufzuwenden; die Seife allein, in geringen Mengen aufgetragen, vollzieht die Reinigungsarbeit. Deshalb schone man sich selbst, spare die Seife und man erhält die Wäsche.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 21. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater, Jung-Heidelberg.
Berliner. III.
Deutsches. Der Hielgegräbe.
Anfang 8 Uhr:
Besten. Der Strohwitwer.
Neues. Der Familientag.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Oberon, König der Eisen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Lübliches Theater.) Hofgünst.
Central. III-Heidelberg.
Kleines. Die Neuwermählten. Abschließesouper.
Lustspielhaus. Rhyth-Borch.
Carl Weich. Wahre Liebe.
Welle-Alliance. Madame Top-Top.
Reichshallen. Stettiner Sängere. - Spezialitäten.
Apollo. Am Hochzeitabend. - Spezialitäten.
Passage-Theater. Angelika Walter.
Jean Paul. - Spezialitäten. - (Anfang 8 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Jubiläumstraße 57/58. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/58.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Kronprina Wilhelm
Kronprinzessin Cecille.
Neu! Roschdjestwensky,
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16-jährige
armlose Fußkünstlerin.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppelkonzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren d. Hälfte.

Kleines Theater Anfang 8 Uhr.
Die Neuwermählten.
Hierauf: Abschiedssouper.
Donnerstag: Angole. Abschied vom Regiment.
Freitag: Nachtschl.
Sonabend: Die Neuwermählten.
Abschiedssouper.
Sonntag: Des Pastors Nioko.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Norwih-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Oberon, König der Eisen.
Gr. romantische Oper v. C. M. v. Weber.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der polnische Jude.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Prophet.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Lustspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Am Garten tägl. Gr. Militär-Konzert.

Passage-Theater. Anfang nachm. 5, abends 8 Uhr.
Jean Paul
Grotzli-Komiker
und das glänzende Juni-Programm.
Passage-Panopticum.
Der Mensch mit dem Vogelkopf.
Der Winkelmensch.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15.
Künstlerische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Stille-Tag.**
Fernsprecher IV 8801. Max Kliem.

Fröbels Allerlei-Theater (früher Publikum)
Schönhäuser Allee Nr. 148.
Heute:
Großer Sonder-Abend.
Das glänzende Juni-Programm.
Arbeit schändet nicht.
Vollständ. mit Gesang in drei Akten.
20 Attraktionen ersten Ranges 20.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16.
Englisch: Bei schönem Wetter i. Gart.
Theater, Konzert, Spezialitäten.
Schönroschen
aus dem Schenkenwiefel.
Anfang Sonntag 5, Wochent. 7 Uhr.
Entr.: 30 Pf.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).
Heute:
Jung-Heidelberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten täglich:
Großes Garten-Konzert.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
Die Loreley.
Romantisches Volkschauspiel in 5 Aufzügen von D. Herich.
Paul Coradini. II. Marka Freya.
Johnke Compagnie u. v. a. m.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 227. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssouper mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Lustspielhaus.
Heute um erstmalig:
Pyritz-Pyritz.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Hasenheide 108/114 **Neue Welt** Arnold Scholz
Heute, sowie jeden Mittwoch:
Großes Kinder-freuden-fest
verbunden mit **Gratisverlosung** wertvoller Gegenstände.
Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herren-Uhr. Hauptgewinn für Mädchen: Eine silberne Damen-Uhr.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Erstes Auftreten von **Alfredo Marschall**
Größte Attraktion des XX. Jahrhunderts.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Morgen, Donnerstag: **Giltig-Tag! Monster-Fest! Militär-Konzert.**

Apollo-Theater.

Täglich 10-10^{1/2} Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen
über die amerik. Burlesk-Compagnie
mit ihrem Akt:
Ein Abend in einem amerik.
Cingel-Tempel.
Am Hochzeitsabend von Paul Linde
u. das glänzende Juni-Programm.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:

Wahre Liebe.
Im Sommergarten: Auerkamm
u. d. s. Programm. u. a.: Damen-
Kabarett, Schenk-Marvell-Truppe,
Eugen Milardo. Theater u. Konzert.
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation, bequeme
Fahrgelegenheit n. all. Stadtrichtungen.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich

Im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste Programm
Berlins.

40 erstklassige Nummern.
Clown Stoffi mit seinem Konfuzius-
lofen Ueber-Ritus; Bonny, Fiel,
Schwein und Dogge. Atlantic Paul-
Trio mit ihren unvollkommenen Orig-
Zoids. — The Biston, Pantomime:
Das überjähliche Hotel.

Syll Syll
Die Entstehung zweier Damen aus
dem Nichts (sowie neu die mysteriöse
Hängematte.
Original Molly Veroh, Lilly Duran.
Original Robert u. Bertram. Original
Rennort-Stango

und viele Kunstkapazitäten.
Vollbelustigungen aller Art.
Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat
das Recht, ein Kind unter 10 Jahren
frei einzuführen, ältere Kinder zahlen
halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse Lichtenberg.
Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Tanzmusikanten. Land-
und Wasser-Feuerwerk.
Erschl. Spezialitäten-Vorstellung.
Aegidius Diez.

POMPEJI

380
Mitwirkende.
Große Ausstattungs-Pantomime
m. Balletts, Chören, olymp.
Spielen etc. Zum Schluss:
Ausbruch des Vesuvs und der
Untergang von Pompeji
und darauffolgendes
Grandioses Riesen-Kunstfeuerwerk

Beginn: Konzert 7, Vorstell. 8^{1/2} Uhr.
Preise der Plätze: 50 Pf. — 5 M.
Vorverk. Wertheim, Künstlerdank
● Kurfürstendamm ●
5 Min. v. Stadtbahn Charlottenbg.

WINTERGARTEN

Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nanan, französische Sängerin.
Alexandrov, russische Tanz- und
Gesangstruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.
A. W. Asra, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch Montrose, Akrobaten.
Miss. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Watsons, Turner.
Bogdan-Truppe, militärische Exer-
zition mit Gesang.
Biograph.

Otto Pritzkows

Abnormitäten-Ausstellung
Hünzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Prgr.
Der 16-jährige Brustleibhng Fred
Rollon. Das größte Wunder der
Musikliteratur, zum erstenmal in
Berlin. Miss Anita, total inkontinente
Schönheit. Mister Kaplano, der
berühmte taubstumme Schnei-
gelehrer. Erich v. Daezner, der
amphibie Gauberkünstler m. neuest.
Zoids. Miss Anna, 485 Pfund
schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Etablissement Bughenhagen

Horitzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei unangenehmem Wetter im Saal.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 22. Juni, abends 8^{1/2} Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
bei Keller, Koppenstraße 29.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gewerkschaftsbereich in Köln. Berichterstatter Th. Glocke. 2. Der Jahres-
bericht der Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, insbesondere der Vertrauens-
leute, erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15
(großer Saal):

General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.
Tages-Ordnung:
Beratung respektive Beschlussfassung über das neue Ortsstatut.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen, ohne dasselbe kein Eintritt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Raucht Phänomenen

Zigaretten Ueberall zu haben!
Zigarettenfabrik „Namkori“ BERLIN NO.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungstüch.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Sultan
Pholles Truppe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volksbelustigungen.
Zum Schluss:
Der Ballett-Duett.
Große Hoffe mit Gesang in 2 Ab-
teilungen von H. Busse.

Ostbahn-Park.

Am Köstrinerplatz, Rödersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
**Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten-
Vorstellung.**
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verabreicht wird, also kein Entree.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle. Reste! Moquette.
Plüsch. Satteltaschen.
Musterb. näher. Angabefranko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Lieben Sie Ihre Wäsche?
Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft,
gut und blendend weiß erhalten?
Dann verwenden Sie
**Schneewittchen-
Bleichseifenpulver!**



Kleinerer Fabrikant A. Grubitz, Potsdam.
Vertreter für Berlin und Vororte: R. Nürnberg, Berlin NW. 52, Eberstr. 20

Wir empfehlen folgende
Neuerscheinungen:
„Religion ist Privatsache“
Erläuterungen zu Punkt 6 des Er-
klärer Programms von Fr. Stamper.
Preis 20 Pf.
„Führer durch das
Krankenversicherungs-
Gesetz“.
Systematische Darstellung des Ge-
setzes in der Fassung der Novelle vom
25. Mai 1903. Mit ausführlichem
Sachregister. Preis 30 Pf.
„Arbeiter-Gesundheits-
Bibliothek“.
Heft 7: Geschlechtsverfe und Ge-
schlechtskrankheiten von Dr. Ernst
Geberl. Preis 20 Pf. 294/18
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Ausflüglern
empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der Umgebung Berlins.
Bernau-Diesenthal, Lante-Neppin-
und Wandlitz-See 1 M.
Bulow u. Umgebung mit angehängtem
Führer 75 Pf.
Eberswalde und Umgebung
75 Pf. und 1 M.
Erkner und Umgebung 75 Pf.
Freienwalde-Falkenberg 75
Freienwalde, Witzgen, Oberberg,
Brodowin 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau,
Schmiedow 75 Pf.
Grünwald und westliche Vororte,
2., 3.-5. u. 8.-Jahrg 25, 50, 75 Pf.
und 1 M.
Königs-Wusterhausen und Umgebung
5 Jahrg 1,50 M.
Röhrliche Vororte, Spandau, Tegel etc.
1 M.
Potsdam und Umgebung 75 Pf.
Potsdam und Berder 1 M.
Rahdersdorfer Kalkberge, Umgebung
von Woltersdorf u. Erkner 75 Pf.
Spreewald mit praktischem Touristen-
führer 75 Pf.
Straussberg u. der Blumental 1 M.
Tegel und Umgebung 75 Pf.
Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Wart
Brandenburg. 3 Bände. Zu-
sammen 6,00 M.
I. Teil: Nördliche Umgebung Ber-
lins, umschließt die Gegend von
Potsdam, Spandau, Dramenburg,
Königs-Wusterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Branden-
burg a. H., Stendal, Tangermünde,
Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Östliche Hälfte der Um-
gebung Berlins bis Eberswalde,
Frankfurt a. O., Schwedt, Küstrin,
Lübben, Spreewald, Kuslau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten präch-
tliche Schilderungen der Wart, viele
detaillierte Karten und Pläne und
sind so dem Wanderer ein zuverlässiger
Führer und Berater. 294/18

METZNER

Kinderwagen
Korbwaren, Bettstellen
Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95
Sousstr. 67, Leipzigerstr. 54-55
Verkauft Def in Fabrikgebäuden.
1000 Mark zahlen jedem, der mir in
Belohnung Berlin ein größeres
Spezial-Geschäft in der
Branche als das meinige nachweist.
Katalog gratis.

Vereinigung d. Fliesenleger Deutschlands

Ortsverein Berlin.
Donnerstag, den 22. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, Kommandantenstr. 73:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Genossen M. H. Baugs über: „Die Ent-
stehung und Abstammung des Menschen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden die Mitglieder der Abteilung II (Hilfs-
arbeiter) ebenfalls ersucht, zahlreich zu erscheinen. Des hochinteressanten
Vortrages wegen erwartet recht regen Besuch.
Der Vorstand. J. A. Otto Giesche.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9678.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3358.

Versammlung

der Gürtler und sämtlicher in Gürtlereien beschäft.
Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die augenblickliche Situation in der Gelbmetallindustrie.
Referent: Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Wahl des Branchen-
vertreter und der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und das Erscheinen sämtlicher
Kollegen erwartet.

Branchen-Versammlung

der
119/10
Elektromonteuere.
Tages-Ordnung:
1. Jock und Nutzen der Tarifverträge. Referent: Kollege
Wuschick. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Ver-
schiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder.

Konferenz aller Werkzeugmacher

aus den Schraubenfabriken und Werkstätten.
Tages-Ordnung:
Wie sehen unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen aus?
Kollegen! Es ist Pflicht aller Einrichter und Schneidzeugmacher, in
dieser Konferenz zu erscheinen, um Klarheit über unsere Verhältnisse zu
schaffen. Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler

Lackierer, Anstreicher.

Donnerstag, den 22. Juni, abends 8^{1/2} Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Dräsel's Geschäft, Neue Friedrichstraße 35.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten zur Berliner Gewerkschafts-
kommission und Neuwahl der Delegierten. 2. Ersatzwahl zur
Agitationskommission. 3. Verbandsangelegenheiten.
125/1 Mitgliedsbuch legitimiert.
Regen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer.

Bezirk Süd-Ost.
Donnerstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr:
Bezirks-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Saal 5.
Tages-Ordnung:
1. Die Reorganisation unserer Bezirksversammlungen.
2. Gemeindefälliges.
Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Achtung! Rohrer! Achtung!

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, bei Frh Wille,
Brunnenstraße 188:
Öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Fr. Zubell über „Die
wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse“. 2. Welche Lehren ziehen wir
aus unserem Lohnkampf? 3. Diskussion.
291/9 Die Tarif-Ueberwachungskommission.

Der Roland von Berlin.

Wochenschrift für das Berliner Leben.
Herausgeber: Dr. L. Leipziger.
Die morgen erscheinende Nummer enthält u. a.:
Klub 1900.
Preis der Einzelnummer: 20 Pf. Abonnements 2 M. pro Quartal
nehmen entgegen: Die Post, alle Buchhandlungen des In- und
Auslandes und der Verlag, Tauentzienstr. 20 L.

Paul Schwarz

Sommer-Theater,
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Neben Mittwoch: **Elite-Tag.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Unsere süßen
Dienstmädel.
Bursche von Wasfel.
Montag.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Hohlweins
Kegler-Schlößchen.
 (H. Redlich.)
 Treptow, Köpenicker Landstr. 27.
 Jeden Sonntag: **Konzert.**
 Im Saale: **Gr. Ball.**
 Wittwöch: **Leipziger Sänger.**
 Kaffeeküche 7, Alter 70, 1/2, Alter 40 Bf.
 Was Bier 10 Pf. Borzähl. Beige.
 Gute Speisen zu soliden Preisen.
 Zu Festlichkeiten, Sommerfesten etc.
 halte mein Lokal mit Saal und Garten
 bestens empfohlen. 39492

Die Motten kommen
 nicht in Säcken, welche mit Reichels
Spezial-Mottenpulver a 50 und
 1,- oder mit Reichels **Motten-**
sintur a 75 u. 1.50 gefüllt sind.
Sichere Garantie gegen Motten-
schaden! Von angenehmem Geruch
 und für alle Stoffe verwendbar.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisen-
 bahnhofstr. 4. **Referant für Armee**
und Marine. Hier frei Haus, Versand
 nach außwärts. T. W. IV. 646, 3190, 4502.

Heute früh 12 1/2 Uhr erkrankte nach kurzem, aber schmerzlichem Leiden
 im vollendeten 67. Lebensjahre unsere gute Mutter, Großmutter und
 Schwiegermutter
Frau Wilhelmine Janz geb. Neff.
 Um stille Teilnahme bitten die Hinterbliebenen
Gustav Janz u. Frau, Berlin. Julius Janz u. Frau nebst Kindern, Berlin.
Adolf Rieger und Frau geb. Janz, Berlin.
Gustav Könige und Frau geb. Janz, Tassdorf. Berta Janz, Berlin.
 Max Janz, Mailand.
 Berlin, den 20. Juni 1905.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. cr., nachm. 3 Uhr,
 von der Leichenhalle des St. Marius-Kirchhofes, Wilhelmshagen, aus statt.

Dampfer für Vereine und Gesellschaften
 (auch Sonntags frei) empfiehlt 35212
Robert Kleck, Dampfschiffbesitzer, Caprivistr. 4.

Verband der Hafenarbeiter und
verw. Berufsgen. Deutschlands.
 Mitgliedschaft Berlin II.
 Bretterträger u. Brettschneider.
 Am 19. Juni 1905 verstarb das
 Mitglied
Paul Schaletzke.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstagmorgen 5 Uhr auf
 dem Emmaus-Kirchhof statt. 1917
 Um rege Beteiligung wird gebeten.
Der Vorstand.

Nieder-Schönhansen
 Schiller- und Körnerstraße (am
 Strahlenbahnhof) sind zum 1. Juli
 oder später 1011
 moderne, billige und gesunde
Vorder-Wohnungen
 mit reichlichem Zubehör zu vermieten.
 Strahlenbahnverbindung:
 Zimern 46, 47 und 57.

Die Beerdigung des Schanbeiers
August Günther
 findet nicht von der Leichenhalle des
 Marius-Kirchhofes, sondern vom
 Trauerhause aus, Hohen-Schönhansen
 (zum gemächlichen Fähringer), zur
 angegebenen Zeit nach dem Guts-
 Kirchhof, Oranienstraße, statt. 125495
 Im Auftrage der Hinterbliebenen:
Ww. M. Günther.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
Bezirk Lichtenberg.
 Am 18. d. Mts. verstarb unser
 Mitglied, der Restaurateur
August Günther
 Hohen-Schönhansen, Berliner-
 Straße 91.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 21., nachmittags
 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause,
 Hohen-Schönhansen (zum gemächlichen
 Fähringer), aus auf dem
 Guts-Kirchhof, Oranienstraße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 14/6 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der deutschen Wagenbauer.
 Berlin, Bezirk 8.
 (Gesundbrunnen.)
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Formier
Heinrich Hartung
 am 17. Juni verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 21. Juni, nachmittags
 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 Krankenhauses Wobbe aus nach
 dem neuen Guts-Kirchhof in der
 Seestraße statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 25926 **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spiegelplatz für 9/12
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Steppdecken
 kauft man am preis-
 wertesten nur direkt
 in der Fabrik, 72 Wall-
 straße 72, wo auch alle
Steppdecken aufgearbeitet werden.
S. Strohmayer, Berlin 14.
 Gültigster Preisverzeichn. gratis.

Am Montag, den 19. d. Mts.,
 vormittags 8 Uhr, erkrankte nach
 kurzem, schwerem Leiden mein
 innigst geliebter Mann
Martin Baumberg
 im 48. Lebensjahre.
 Witwe **Anna Baumberg**
 geb. Nacke.
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. d. Mts.,
 nachmittags 6 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in
 Mariendorf aus statt. 35392

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Am Montag, den 19. d. M., ver-
 starb unser altes, treues Mitglied,
 der Drechsler
Martin Baumberg.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 22. Juni, nach-
 mittags 6 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes
 (Mariendorf) aus statt.
 Hohe Beteiligung erwartet
 239/1 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Schlosser
August Pflug
 am 17. d. M. gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 21. d. M., nachm.
 5 Uhr, von der Leichenhalle in
 Panfow aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 118/16 **Die Ortsverwaltung.**

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meiner
 lieben Frau (sage ich allen Freunden
 und Verwandten, besonders den
 Kaufmann „Großes Leben“, „Lieben
 Koch“, „Händler“, „meinen
 besten Dank.
 Der trauernde Wittwer
A. Hankowitz nebst Kindern.

Zur Aufklärung für alle Zigaretten-Raucher!

Wir haben die Forderungen unserer Arbeiterschaft **von Anfang an voll**
und ganz bewilligt!
 Wir haben diese Bewilligung **nie zurückgezogen!**
 Wir haben den Austritt aus dem Tabakarbeiter-Verbande von unserer
 Arbeiterschaft **nie verlangt!**

Gebr. Selowsky, Zigarettenfabr., Dresden.

Unsere bekanntesten Spezialmarken sind:
≡ Zenith - Bolero - Hakim. ≡

35331*

Jedes **5 Pfennig.**
 Wort: **5** Das erste
 fettgedruckte
 Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
 als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
 Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
 in der Hauptexpedition Linden-
 strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
 validenstraße 148 (Eingang Berg-
 straße). Große Frankfurterstraße 58,
 Etalierstraße 40. 6065*

Steppdecken billigt **Hebril** Große
 Frankfurterstraße 9, parterre +37*

Teppiche mit Herdeneltern **Robrit-**
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
 parterre. +37*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
 straße 9, parterre. +37*

Wandbleichen Weidenweg neun-
 zehn spottbilliger Beitendverkauf. Gar-
 dinenverkauf, Teppichverkauf, Stepp-
 decken, Aussteuerstücke, Regulatoren,
 Freischwinger, Leselampen, Jodett-
 anzüge, Verschiedenes. +27*

Teppiche! (schlechte) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager **Brinn, Dadescher**
 Markt 4, Bahnhofstraße. 251/19*

Rüftrierplatz 7. Wandbleiche,
 billige Einlaufquelle für Waren aller
 Art. 5702*

Gardinen, Teppiche, Tischdecken
 Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leib-
 wäsche, Anzüge, Bandnudeln, Leselam-
 pen, Uhren, Ringe usw. spottbillig
 Wandbleiche **Rüftrierplatz 7.** 5692*

Baumaterialien, neue und ge-
 brauchte wie: Korbholz, Bretter,
 patten, Leisten, Lärchen, Fenster, Dach-
 pappe, Linooleum, in größter Auswahl
 billigt **Rottbuserdamm 22.** 15425*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme,
 ohne Anzahlung, Woche 1 Mark, ge-
 brauchte spottbillig. Postkarte genügt.
 Alt Vorhangen 4, Ede Neue Bahnhof-
 straße. +131*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme
 ohne Anzahlung, vergibt bis 10,00, wer Teil-
 zahlung Nähmaschine kauft oder nach-
 weilt, Woche 1,00, alle Systeme. Post-
 karte. Borchert, Hornbuserstr. 50. +131*

Monatsanzüge von 6,00 an,
 Sommerpaletots von 5,00 an, Westen
 von 1,50 an, Gehrockanzüge von
 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch
 für inopulente Herren. Neue Garde-
 robe zu saumend billigen Preisen,
 sowie aus Wandbleichen verlassene
 Sachen. Roh, Rindolstraße 14. 25135*

Schelegante Herrenanzüge und
 Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40
 Mark Verkauf Sonnabend und Sonnt-
 ag. Versandhaus Germania, Unter-
 den Linden 21. Keine Pällalen. *

Klavier, neues, verkauft billig
 Kitzdorf, Kaiser Friedrich-
 straße 244. 5515

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
 züge, Westen, Koffer, Redolier,
 Leuchting, Uhren, Goldsachen, Kessel,
 spottbillig. Vude, Oranienstraße 131.

Reiseutensilien, Operngläser, Reise-
 zuge, Regulatoren, Freischwinger,
 Harmonikas, Weigen, Hühner, Betten,
 Teppiche, spottbillig. Vude, Oranien-
 straße 131. 25055*

Birchholzung! Neue Birkenkolonie,
 genehmigter Bebauungsplan, Cua-
 dratmeter 8 Mark, verkauft **Schulz,**
 Rixdorf, Renustraße 12/13. 2451b

Kücherei, kleine, Bau und Möbel,
 verkauft billig R. 20, Postamt 29.

Sommerpaletts, Tuch, Corboreo
 mit Seidenfutter 6-12 Mark. Rur-
 straße 23 L. 25185*

Hochvernehme Herrenhosen aus
 feinsten Rohstoffen 9-12 Mark.
 Verkauf Sonnabend und Sonntag.
 Versandhaus Germania, Unter den
 Linden 21. Keine Pällalen. 5422*

Wacholderhaus! Zweifachgas-
 locher! 3,00. Geschlossene Zweifach-
 gaslocher! 5,00. Wasserpumpen!
 Gasplättchen! Gasbeleuchtung! spott-
 billig! Reichenhagen, zweifachgasig
 2,00. Wobauer, Bahnertheater-
 straße 32. 6312*

Knabenanzüge, Mädchenkleider
 Paletots, Jackets verkauft billig **Hof-**
mann, Weierstrasse 14. 3722*

Tambourier, Maschinen, Dode-
 minger, altesiger Fabrikant **C. Weis-**
mann, Gollnowstraße 26, nahe der
 Landsbergerstraße. 4522*

Wald, Wasser, alles nur zu haben
 im herrlichen, idyllischen **Pfeiferwäldchen,**
 30 Bf., nur noch einige Barzellen
 jeder Größe, Quadratmeter 10 Mark,
 nur beim Eigentümer **Otto Jores,**
 Panfow, Elisabethweg 10. 22/19*

Widderverkauf in meiner Möbel-
 fabrik Wallstraße 89/91, nahe Spittel-
 markt. Infolge des großen Umzugs
 befinden sich am Lager viele zurück-
 gelegte und verlassene geweseene Möbel,
 die wie neu sind, Kleiderständer,
 Bettische 27,00, Aufstehstuhl 16, Ruchel-
 beistelle mit Federmatratze und
 Stellschliffen 36, Leselampe 50, Panzel-
 sohn 70, Tischplatte 30, Ruchel-
 beist 25, ganze Einrichtungen billig!
 Transport frei. 13/9*

Junge Frau verkauft eleganten
 Blüchtischens 44,00, geschlossenen
 Trumeau 32,00, Ruchelbeistühle 4,50,
 Schränke, Tische, Versteckstisch 5,00,
 wenige Wochen gebrauchte, jeden an-
 nehmbaren Preis. Landsberger-
 straße 42, II, nahe Weidenweg. *

Essigal, voller Schanz, drei Vere-
 ine, Wiese 1700, fruchtbarster für
 1800 zu verkaufen. Zu erfragen bei
 Karl Reiche, Zeitungspedition, Trift-
 straße 46a. 25365*

Schankgeschäft, Erlangen, zu ver-
 kaufen. Rühres Schlächterei Koper-
 nitzstraße 21. 2525b

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
 näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
 gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61,
 Große Frankfurterstraße 45, Bren-
 lauerstraße 59/60.

Bronzegastromen! dreifachgasig!
 6,00. Gasgampel! 9,00, Salom-
 gasstromen! 15,00! Gaslöcher 1 1/2!
 Schankentisch spottbillig! Zweifach-
 gaslocher! 3,00. Wobauer, Bahner-
 theaterstraße 32. (Wastocherhaus) *

Drehrolle billig zu verkaufen
 Ruchstraße 54b. 2522b

Zigarettengeschäft 1500, Wiese 650,
 event. mit Verwaltung. Offerten sub
 „Erlangen“ Postamt 94 lagernb.

Sportwagen, fast neu, billig zu
 verkaufen. Waldstein, Ritterstraße 73.

Motoren umhängebare zum
 Inventarpreis. Rühres Postamt 94
 unter „Erlangen“. 2534b

Zigarettengeschäft, 180 Mark, ver-
 kauft **Schulzstraße 20.** +28*

Rekoration, voller Schanz, nach-
 weislich gutgehend, anstehende
 Wohnung, wegen Grundstücksüber-
 nahme verkauft. Rühres Postamt
 3, Querstraße III-Roabit. +73

Zigarettengeschäft zu verkaufen.
 Zu erfragen **Brenzlauer Allee 220,**
 Weierstraße. +34

Milchgeschäft wegen Todesfall
 sofort zu verkaufen. Rühres Köpfe,
 Etalierstraße 141. 2539b

Neu geachtete Dejmalmwagen ver-
 kauft **Klausch, Wittgenstraße 87.**

Wäsche ist sofort veräußert
 Gutscherstraße 6. +104

Singervogel (Gummiträger) billig
 zu verkaufen. Reiter, Goethestraße 60,
 Charlottenburg. +125

Herrenrad zu verkaufen, Händler
 verbleiben. Erkrater, Poststraße 3b.

Zigarettengeschäft, 275 Mark,
 Wiese 35 Mark, verkauft **Ramm,**
 Wollmarkt 7. +116

Tische, Beistühle, eiserne Stühle,
 kupferne Kessel, Kinder-Sportwagen,
 Reibbeistelle verkauft **Ramm, Woll-**
markt 7. +116

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
 ohne Anzahlung, Woche 1,00, Viele-
 rung sofort. Große, Wobauerstraße 21.
 Postkarte. +289

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Binder Stuhlflechter bittet um
 Arbeit. Stühle werden abgeholt und
 zurückgeliefert. H. Glaser, Wink-
 lstraße 27. 1468b

Stellenangebote.
Tüchtige Einleger und Bieger auf
 Papierhülle bei hohem Lohn ver-
 langen **G. u. A. Redlich, Ritter-**
straße 75. 13/11

Rechner auf 14 Tage zur Aus-
 hülle gesucht **Hinne-Photoren-Gesell-**
schaft, Siemensstraße 12. +73

Glasbilder. Zum Uebermalen
 von Photographien für Glasbilder
 werden nach Rdn einige Damen und
 Herren für dauernd gesucht. Reise
 wird vergütet. Zu melden **Potel**
Spittelmarkt, Seydelstraße, beim
Portier. 2531b

Fliegentänzer, guter Verdienst,
 Wollstraße 11. +78

Plätterin verlangt **Leipzig-**
straße 9. +95

Anwärterin für Restauration
 sofort verlangt **Rixdorf, Wittgen-**
straße 9. 6332*

Ganoreinigung vergibt **Wald-**
straße 36, Vogthagen. 2527b*

Frauen finden durch Bettungs-
 austragen dauernde und lohnende
 Beschäftigung. Meldungen 9-12
 Prinzenstraße 41 im Keller. 13/12*

Vermietungen.

Wohnungen.
Kleinwohnungen, gesunde, aller-
 billigst, sofort, **Reiter** Rixdorf: Köp-
 ferstraße 15, Wanzelstraße 12 (Dermann-
 platz). 13/3*

Zwei Zimmer, Küche 24,00, Stal-
 lung, Handladen, **Victoria-Allee 33,**
Woll-Reichenhagen. +72*

Zwei Stuben und Küche zu 33,00
 Mark, **Soldinerstraße 8 und 10.** 6282*

Zwei Stuben, Küche, Korridor
 (Ruh-Ofen), drei Monate für
 60 Mark. Sofort bezugsbar. **Winter-**
straße 32. +112

Stube, Küche, vorn III, 18,50
 Mark, **Soldinerstraße 106.** +95*

Zimmer.
Möbliertes Zimmer vermietet
Waller, Borchagenerstraße 3. +35*

Freundlich möbliertes Zimmer,
 vorn parterre, mit separatem Ein-
 gang, bei **Poppel, Reichenhagenstraße 13.**

Möbliertes Zimmer an ein-
 zelnem Herrn zu vermieten. **Apfel,**
Rariendörferstraße 19, vorn II.

Möbliertes Zimmer für Herrn
 vermietet **Wien, Swinemünder-**
straße 75. +95

Schlafstellen.
Ehrbare Frau ohne Anhang kann
 bei Hebamme billig einwohnen. **Verbit,**
Deumstrasse 92. +95

Möblierte Schlafstelle, Herrn,
 vermietet **Rottbuserstraße 12, Seiten-**
flügel II, Witte Krüger. 22405

Mietsgesuche.
Herr sucht Nähe Rosenhagen **Lor**
möbliertes Zimmer, allein, 15 Mark
 mit Kaffee. Offerten A. S. 40 Post-
 amt 27. +54

Kausreinigung
 zu vergeben (1. Juli) **Dudenader-**
straße 37 L. 5 Aufhänge. Freie Woh-
 nung und monatlich 12 M. 24166*

Färber, Detacheur
 gesucht. **Gebr. Alenbergs Färberei,**
 +123* Weihensee, Langhansstr. 4.

Teppichweber!
 Der **Junag** nach den Teppichfabriken
 von **Reibisch, Treptow, Köpfer-**
Landstr. 28/29, Benjamin u. Co.,
Reichenhagenstr. 23, und Rud. Waader,
Reichenhagenstr. 6, M fernzuhalten, da
 die dortigen Arbeiter und Weibe-
 rinnen sich im Streik befinden.
 107/11* **Die Streikleitung.**

Achtung, Holzarbeiter!
Einsetzer!
 Der **Bau Zimmermann** in **Rix-**
dorf, Riechestr. 64, ist **geperrt,**
 da sich die **Firma** **Karl und Emil**
Schneider weigert, den bisher ge-
 zahlten Tarif einzuhalten.

Jalousie-Arbeiter.
 Die Kollegen der **Firma** **Vod-**
kauer befinden sich im Streik.
 Zugang ist fernzuhalten.
 Da bei mehreren Firmen noch
 Differenzen bestehen, bitten wir, sich
 auf die Parteien zu, die **blau** **ge-**
zeichnete Arbeits-Kontrollkarte
 zeigen zu lassen, nur diese ist gültig.
 Anderwärtsige Karten sind zu ver-
 weifen. 82/8*

Bürstenmacher.
 Die **Bürstenfabrik** **Schlächter, Bar-**
schauerstraße 88, ist **geperrt.**
 Zugang ist fernzuhalten.

Annahme-Stellen
 für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Wengel, Frankfurter Allee 79.
G. Wogel, Köpenickerstr. 83.
S. Ramm, Holzmarktstr. 48a.
Nordosten:
E. Rucht, Reibestr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
G. Rasche, Riechenstr. 21.
Karl Wags, Antonien-Allee 95/96
G. Stolzenburg, Bienenstr. 41/42
E. Dehnd, Ruchelstr. 24.
H. Vogel, Demminstr. 32.
H. Tien, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
G. Werner, Weidenbaderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Z. Preis, Prinzenstr. 31.
H. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Ruchelstr. 14/15.
P. Forst, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 60.
Rixdorf:
M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.
Schönberg:
Willy Däumler, Ramin Luffenstr. 61.
Weissenow:
H. Recke, Sebanstr. 53.
Jul. Schilber, König-Hausstr. 30a.
Reichenhagen:
P. Schiler, Wobauerstr. 108 im Bad.

Die Allgemeine Ortskasse Charlottenburg.

In der gestern schon kurz erwähnten Versammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse...

Den Artikelschreibern ist es nicht eingefallen, sich Einsicht in diese Zahlen zu verschaffen...

An Verwaltungskosten entfielen auf die abgelaufenen fünf Monate 28 851 M., also bei dem gegenwärtigen Bestande...

Speziell wird in den Artikeln der Vorwurf gegen den Vorstand erhoben, sich selbst Niejengehälter zu bewilligen...

Zunächst ist es eine Unwahrheit des Artikelschreibers, daß der Vorstand sich höhere Entschädigungen bewilligt habe...

Die Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder spricht für sich selbst, da die Mitgliederzahl seit 1900 von 18 000 auf über 28 000 angewachsen ist.

Die Sitzungen des Vorstandes sind leider noch nicht häufig genug, so daß dringliche Anträge kranker Mitglieder zuweilen noch tagelang ihrer Erledigung harren müssen.

Auf gleicher Höhe steht der Vorwurf der übermäßigen Beamtenschaft. Daß bei 28 000 Mitgliedern mehr Beamte nötig sind...

Stellen sich somit alle Behauptungen als unwahr, zumeist als absichtliche Verleumdungen heraus, so muß man doch nach deren Ursache forschen. Diese kann nur in der Absicht gefunden werden, das Ansehen der Selbstverwaltung der Kassen zu schmälern.

Nachdem sich der lebhafteste Verfall, der den Worten des Referenten folgte, gelegt hatte, folgte eine lebhafteste Diskussion, die erst um 1/12 Uhr durch einen Schlußantrag beendet wurde.

Von sämtlichen Rednern machte sich nur einer, und auch dieser nur zum Teil, zum Mundstück der gehässigen Angriffe gegen den Vorstand, der Waischenstabsbesitzer Jander, der selbst dem Vorstand einmal 4 Wochen lang angehört hat...

nehmen — er sei gelernter und geprüfter Apotheker, habe auch früher eine Apotheke besessen; man habe die Rezeptrevision aber für 400 M. jährlich seinem Mitbewerber, dem Sozialdemokraten Staller, überlassen.

Demgegenüber wurde von Staller und einigen Vorstandsmitgliedern festgestellt, daß Staller sich nie um die Rezeptrevision beworben habe, daß sie ihm vielmehr vom Vorstand angetragen worden sei; der Vorstand wolle kein Geschick von Herrn Jander nehmen, der sich übrigens nicht umsonst, sondern zu der Hälfte des üblichen, an Staller gezahlten Preises anbot.

Von den Diskussionsrednern heben wir Goerke hervor, den Verfasser der bekannten Unmutsbrochüre, welche die „Neue Zeit“ und „Germania“ für ihre Zwecke ausbeuten zu können glauben. Energisch trat er der Behauptung entgegen, im Vorstand der Kasse walteten Parteivorfürsungen ob.

Zur Frage der Anstellung von Beamten führte das nicht-sozialdemokratische Vorstandsmitglied Gehardt aus: Ich gehöre der Mehrheit hätte und unter den Bewerbern ein tüchtiger Mann meiner Farbe wäre, würde ich denselben postulieren und lamt das Gleiche auch den Arbeitern nicht übel nehmen.

Zur Frage des Antrags, das Gehalt des Vorstandes von 25 auf 50 M. zu erhöhen, teilte der Redner mit, daß dieser Antrag in der Generalversammlung von einem nichtsozialdemokratischen Arbeitgeber-Delegierten ausgegangen sei.

Die heute im hiesigen Volkshaus tagende öffentliche Mitgliederversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse nimmt Kenntnis von den fortgesetzten, in neuester Zeit wiederholten Verunpflimpfungen, denen der Kassenvorstand durch arbeiterfeindliche Blätter ausgesetzt ist.

Deshalb erklärt die Versammlung jene Verunpflimpfungen nur für den Ausdruck gehässiger politischer Demonstrationen, um das Ansehen der Selbstverwaltung herabzusetzen, und versichert die angegriffenen Kassenorgane ihres vollen Vertrauens.

Sie beauftragt den Vorstand, von diesem Verschuldantrag der königlichen Regierung sowie dem Magistrat zu Charlottenburg Kenntnis zu geben.

Berliner Nachrichten.

Chinaprozess. Wir ersuchen dringend um schleunigste Angabe und Uebermittlung der Adressen 1. von Herrn Friedrich Rudolf (Arbeiter?), früher Berlin, Steinmetzstraße 32, r. S. IV; 2. von Herrn Udo Schmidt, Lithograph, früher Berlin, Wilhelmstr. 119/120.

Der „Postillon“ Nr. 13 ist gestern ausgeblieben und trifft erst heute hier ein. Die Abonnenten wollen dies beachten.

Zum Kampf um das Koalitionsrecht.

Wir erhalten von der Kommission der streikenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Jofetti, Berlin, folgendes zur Veröffentlichung: Von den Streikenden ist noch nicht einer abtrünnig geworden, d. h. zur Firma Jofetti zurückgekehrt. Als Beweis dafür, wie der Boykott wirkt, ist anzuführen, daß der größte Teil der Berliner Zigarettenfirmen nicht lieferungsfähig ist infolge von Mangel an Ware.

Plakate, auf welchen die boykottierten Firmen verzeichnet sind, verendet auf Wunsch Willi Hahn, Berlin NW. 23, Klopstockstr. 6. Der Wunsch einzelner, hinter jeder Firma die Namen der von ihnen geführten Marken anzuführen, wird dadurch zur Unmöglichkeit, da einzelne Firmen bis zu 200, die Firma Jasmagi sogar noch mehr, Marken haben.

finanzielle Beihilfe zum Siege zu verhelfen. Konsumenten, meist überall wo Zigaretten verkauft werden, Boykottware zurück.

Aus der städtischen Armenverwaltung.

In der letzten Sitzung der Armenverwaltung kam eine lange Tagesordnung zur Erledigung.

Zunächst wurde unser Genosse Stadtverordneter Ewald in üblicher Weise eingeführt; dann wurden 9 Kommissionsvorsitzer auf ihr Amt verpflichtet. Erneut wies Stadtrat Rünsterberg diese Herren darauf hin, daß sie das Amt in humaner Weise auszuführen hätten.

Die unentgeltliche Behandlung armer Kinder in der Poliklinik des Dr. Marcuse, Brunnenstr. 183, wurde genehmigt. Die Abteilungen Waisenverwaltung, Arbeitshaus und Obdach sollen von der Armenverwaltung getrennt werden. Begründet wurde dieser Antrag durch die Vorhaben der beiden Abteilungen, Stadträte v. Friedberg und Fischel; beide erklärten, daß die Arbeiten der Abteilungen einen derartigen Umfang angenommen hätten, daß eine vollständig selbständige Verwaltung geboten sei.

Dem Antrage der Direktion, eine Vermehrung der Medizinikabzirkel mit 41 Ärzten vorzunehmen, ist der Magistrat nicht beigetreten. Trotz der großen Belastung einiger Ärzte, die jährlich mehr als 1000 arme Kranke in Behandlung haben, verlangt der Magistrat erneuert statistisches Material.

Die Drogisten-Junung bittet, auch den Drogenhändlern den Handverkauf von Medikamenten und Heilmitteln zu übertragen, wie dieses auch die Krankenassen getan hätten; die Stadtverwaltung würde große Ersparnisse dadurch haben.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Verichterstattung über die Vorlagen, betreffend: die Festsetzung von Nachtlinien für eine Uferstraße längs des rechten Spree-Ufers von der Waisen-Brücke bis zum Mühlendamm und den Abschluß von Verträgen mit dem Fiskus über Herstellung dieser Straße und Verkauf des Grundstücks Waisendamm 3 — und eine Aenderung in der Benutzung der Waisenastraße zu Kummelsburg.

Die englischen Gäste der Stadt Berlin, die Montag abend feierlich im Rathaus begrüßt wurden, trafen sich Dienstag früh um 9 Uhr auf dem Pariser Platz, wo sie von einigen Stadträten und Stadtverordneten empfangen wurden. In 20 Landauern fuhr die Kommission über den Potsdamer Platz, durch die Siegesallee, über den Königsplatz nach den Berliner Elektrizitätswerken in der Luisenstraße. Dieses Establishment wurde unter Führung des Geh. Rats Rathenau und anderer Direktoren besichtigt.

Der Gewerbe-Inspektor Dr. Rasch ist vom 1. Juli ab nach Linden bei Hannover versetzt. An seiner Stelle wird der Gewerbe-Inspektor Dr. Ruhnau die Verwaltung der Gewerbe-Inspektion Berlin N. übernehmen.

Der Wärdensbrunnen. Aus Anlaß einer Petition des Grundbesitzervereins der Königsstadt um endliche Errichtung des Wärdensbrunnens wurde im Petitionsausschuß vom Magistratsvertreter mitgeteilt, daß die Angelegenheit im Flusse sei. Die Aussiedepetition habe sich nach der ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu richten und dürfe diese nicht überfordern. Jetzt seien aber die Mittel in genügender Höhe angesammelt, die Vorarbeiten seien teils beendet, teils im Gange und es werde mit der Ausführung des Brunnens baldigst begonnen werden.

Auch schwerliche Mühe soll zur Versorgung Berlins herangezogen werden. Eine Anzahl sächsischer Landwirte hat sich bereits an den Vorstand des Milchhändler-Vereins mit dem Anerbieten gewandt, tadellose Ware auf dem schnellsten Wege — über Trellsberg und Sagnitz — nach Berlin zu liefern. Beim Transport 1 T vier

Milchliches Konservierungsverfahren wie bei der dänischen Milch zur Anwendung kommen. Der Bezugspreis dürfte sich noch billiger als bei der dänischen Milch stellen.

Gegen den Schriftsteller Johannes Holzmann (Senna Hoy) stand gestern Termin zur Hauptverhandlung in zwei Anlagelagen vor der Hilfsstrafkammer unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Haberstroh an. In der einen Sache handelt es sich um Majestätsbeleidigung, in der anderen um Verleumdung der Mitglieder der vierten Strafkammer (Vor. Landgerichtsdirektor Dr. Oppermann). Beide Vergehen sollen durch Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Kampf“ begangen sein. Der Angeklagte war seinerzeit von der vierten Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er für schuldig befunden wurde, in einem an den Polizeipräsidenten v. Borries gerichteten Schreiben versucht zu haben, diesen durch Drohung zur Unterlassung von Amtshandlungen zu nötigen. Diese Gerichtsverhandlung unterzog der Angeklagte im „Kampf“ einer kritischen Betrachtung, in welcher gröbliche Verleumdungen gegen den Vorsitzenden und die Mitglieder der vierten Strafkammer enthalten waren. Beim Aufruf der Sache war der Angeklagte nicht erschienen, es meldete sich nur Rechtsanwalt Dr. Halpert als Verteidiger in der Majestätsbeleidigungssache. Er vermutete, daß dem Angeklagten die Vorladung nicht zugehtet sein könnte und beantragte im übrigen die Verbindung der beiden Strafsachen. — Der Gerichtshof beschloß, den Angeklagten wegen unentschuldigter Ausbleibens in Haft zu nehmen.

Das Kartenspielen der Unteroffiziere. Aus Anlaß der kürzlichen Verurteilung eines Hilfsgerichtsvollziehers, welcher ein Opfer des Kasarospieles im Unteroffizierskasino des Garde-Kürassier-Regiments geworden war, erhaten gegenwärtig die Unteroffiziere eindringliche Verwarnungen. Dabei wird auf die Bestimmung hingewiesen, daß das Kartenspielen nur gestattet ist, wenn es zum Vergnügen — ohne Geldzahlung — geschieht. Wer um Geld spielt, und sei der Einsatz oder die Einheit noch so klein, werde unweigerlich mit Arrest bestraft. Statthaft sind nur die allgemein gebräuchlichen Spiele wie Glat, Schafkopf, Sechsendschig usw. Bei den Kasernenrevisionen soll streng darauf geachtet werden, daß nach 10 Uhr abends (im Sommer 11 Uhr) das Licht in den Unteroffizierskassinos und auf den Unteroffiziersstuben gelöscht ist.

Sur Berliner Stenografik.

Im städtischen Obdach für nächtlich Obdachlose haben im Monat März d. J. 68 009 männliche und 1169 weibliche Personen Unterkunft gefunden.

Im städtischen Obdach für obdachlose Familien wurden ferner an 7033 Verpflegungstagen in demselben Monat 128 Familien mit 370 Personen und 755 Einzelpersonen aufgenommen. Außerdem beherbergte der Vhilberlein in seinen Anstalten noch 21 647 männliche und 4472 weibliche, zusammen also 26 119 nächtlich obdachlose Personen. Es wurden also allein in den Anstalten für nächtlich Obdachlose im Monat März d. J. 95 297 Personen beherbergt, worunter sich 84 Kinder befanden.

Auch die Zahl der an die Polizeirevier-Bureaus eingelieferten Bettler entrollt ein Bild von der in der Reichshauptstadt herrschenden Notlage großer Bevölkerungsteile. Wurden doch im Monat März nicht weniger als 1598 Bettler an die Polizeireviere eingeliefert. Darunter befanden sich 1458 Männer, 99 Frauen und 41 Kinder. Von diesen Arrestierten wurden 894 zur Haft eingeliefert, 417 entlassen und angezogen und 287 verwarnt und entlassen.

Wegen Bettelrei verurteilt wurden im Monat März beim Amtsgericht I (Alexanderplatz) 698 Männer und 25 Frauen, wegen Obdachlosigkeit 606 Männer und 15 Frauen und wegen „sittenpolizeilicher Konvention“ 535 weibliche Personen. (Von der Abteilung Moabit des Amtsgerichts I liegen keine Zahlen vor.)

Die Zahl der Huerigen in der Arbeitshaus zu Rummelsburg betrug Ende März d. J. 1908. Darunter befanden sich 1767 männliche und 139 weibliche Personen. — Zahlen reden!

Obstverkauf. Der Polizeipräsident teilt mit: Mit Rücksicht auf den Beginn der diesjährigen Obstzeit bringe ich hierdurch erneut in Erinnerung, daß nach der Polizeiverordnung vom 27. Mai 1892 nichtslüßige Nahrungs- und Genussmittel in Berlin nur nach Gewicht, Stückzahl oder Bundzahl verkauft werden dürfen und demnach auch der Verkauf von Obst nach sogenannten Tinen, d. h. nach Söhlmaß, nicht zulässig ist. Die Aufsichtsbeamten sind angewiesen, Verfehlungen dieser Art besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Durch seine Strümpfe vercaten wurde ein Einbrecher in der Einlfstraße. Der Ränderwarenhandeler Niese, der in dem Hause Nr. 12 kein Geschäft betreibt, war vorgestern abend ausgegangen. Als er um 11 Uhr zurückkehrte, sah er Licht im Laden, er fand die Ladenkasse herausgerissen und ihres geringen Inhalts beraubt. Der Dieb war durch eine Fensterseibe, die er vom Hofe eingebracht hatte, eingestiegen. Außer der Ladenkasse hatte der Dieb auch einen Hut, Lachfischeln und ein Paar Strümpfe des Beschlagnahmten mitgenommen, dafür aber ein Paar alte Bastoffeln und auffallend gefärbte Strümpfe zurückgelassen. Diese fühlten sich noch warm an, ein Beweis, daß der Einbrecher eben erst den Laden verlassen hatte. Niese erinnerte sich, diese auffallenden Strümpfe schon einmal gesehen zu haben, und kam darauf, daß ein stellungloser Artist Grosch, der ihn vor einigen Tagen im Laden besucht hatte, sie getragen hatte. Mit der Polizei suchte er daher sofort ein Lokal in der Potsdamerstraße auf, in dem, wie er meinte, der Artist zu verfehlen pflegte. Hier sah denn auch Grosch in Nieses Hut, Lachfischeln und Strümpfen. Er wurde festgenommen und, weil er als Einbrecher schon bestraft ist, nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht.

Selbstmord begangen hat der 45 Jahre alte Arbeiter Otto Bastian, der unter der Anklage des Mordes in Untersuchungsgefängnis lag. Er hatte am 4. April d. J. in dem Hause Adalbertstr. 40 die 49 Jahre alte verwitwete Produkthändlerin Auguste Ferrag mit einem Revolver erschossen und sich selbst zu erschließen versucht. Die Jrgang war mit dem von seiner Familie getrennt lebenden Bastian zusammengezogen, hatte aber viele Mißhandlungen zu erdulden und als sie ihm die Türe wies, wurde sie von ihm erschossen. Bastian hatte sich selbst eine lebensgefährliche Kopferlegung beigebracht, ist aber von dieser wieder genesen. Dieser Tage sollte die gegen ihn erhobene Anklage wegen Mordes vor dem Schwurgericht verhandelt werden. Vorgestern früh fand man ihn in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis erhängt vor.

Infolge Reizens eines Fahrfeiles stürzte gestern nachmittag der Dachbedeckmeister Friedrich Hanisch von dem an der Hoffassade des Hauses Landberger Allee 127 angebrachten Hängegerüst rüdtlings auf den asphaltierten Hof hinab und blieb beunruhigend liegen. Hausbewohner sorgten für seine Aufnahme in das Krankenhaus an Friedrichshagen, wo man eine schwere Gehirnverletzung und einen gefährlichen Bruch des linken Unterschenkels konstatierte. Die Schuld muß sich Hanisch selbst zuschreiben, da das Tau schadhaft war und er unter Außerachtlassung der Vorschriften gearbeitet hat.

Eine schwere Selbstverletzung hat ein obdachloser Arbeiter, welcher sich vorgabondierend in der Kolonie Fischgarten (Amtsbezirk Friedrichshagen) aufhielt, gegen sich erhoben. Der Betreffende, der sich den Namen Krüger beilegte, erklärte einem Gendarmen, daß er vor vier Jahren in der Nähe von Spandau an einem Kinde einen Lustmord verübt habe. Bei zwei anderen Kindern habe er Notzucht verübt. Der angebliche Verbrecher, der keinerlei Ausweis-papiere bei sich führte, und keineswegs den Eindruck eines Geisteskranken macht, wurde nach dem zuständigen Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Wie weit die Selbstverletzung auf Wahrheit beruht, wird die eingeleitete Untersuchung bald ergeben. Es ist Tatsache, daß vor vier Jahren bei Spandau ein Lustmord verübt worden ist.

Mit einer dunklen Frauenperson, vermuthlich einer internationalen Hochstaplerin, beschäftigt sich der Erkennungsdienst der hiesigen Kriminalpolizei. Die statliche junge Unbekannte, deren Haar ebenso dunkel ist wie ihre Persönlichkeit, mietete in der Joachimstr. 11 ein

möbliertes Zimmer und meldete sich unter dem Namen Anna Dablig an. Um noch einen Ausweis auf diesen Namen zu bekommen, schrieb sie unter dem Namen ihrer Wirtin, ohne daß diese etwas davon wußte, an die Behörde in Stettin um einen Abmeldechein. Dieser kam auch an, aber in die Hände ihrer Wirtin, die hierdurch Kenntnis von der Fälschung ihres Namens erhielt. Auf die Anzeige der Wirtin nahm die Kriminalpolizei eine Durchsuchung des Zimmers der Fremden vor und lernte diese ein, als sich herausstellte, daß sie gar nicht Anna Dablig heißt, sondern den Namen eines Mädchens in Stettin mißbraucht hat. Weil man nun noch ein Papier auf den Namen Lina Siegel bei ihr fand, so glaubte man, daß das ihr wahrer Name sei. Aber auch diese Papiere erwiesen sich als gestohlen oder gefälscht. Lina Siegel wohnt seit einem halben Jahre als unbescholtenes Mädchen in Hannover. Die Verhaftete verweigert jede Auskunft über ihre Person.

Ein bestiger Zusammenstoß ereignete sich gestern gegen Mittag an der Ecke der Koch- und Marktgrafenstraße zwischen einem Geschäftsfuhrwerk und einem elektrischen Straßenbahnwagen. Ein mit Emaillewaren und Kochgeschirr voll beladener Kollwagen der Firma G. Regeler u. Co., Ritterstr. 71, war im Begriff, die Kochstraße zu kreuzen, als im selben Augenblick ein Straßenbahnwagen der Linie 95 (Wehrenstraße—Hafenheide) von der Jerusalemer Kirche hergefahren kam. Ein Zusammenstoß war unvermeidlich und die elektrische fuhr mit solcher Gewalt auf den Kollwagen auf, daß dieser umfiel und die Ladung größtenteils auf den Fahrdamm stürzte. Von dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperron stark beschädigt. Es dauerte nun geraume Zeit, bevor man den Fahrdamm wieder frei hatte. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Feuerbericht. Dienstag nachmittag gegen 3 Uhr wurde die Wehr nach der Ludowigr. 9 gerufen, wo in einem Kohlengeschäft ein größerer Pochen Preßhohlen in Brand geraten war. Der 6. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Wehr Arbeit machte ein zweiter Preßhohlenbrand, der dann in der Blumenstr. 70 ausbrach. Hier mußte tüchtig Wasser gegeben werden, um das Feuer zu unterdrücken. — Arbeitskräfte gingen in der Koloniestr. 35 in Flammen auf, während in der Dranienstr. 192 die Deckenverschalung in einer Wäschkammer brannte. — Weiter hatte die Wehr in der Dranienstr. 5 zu tun, wo ein Keller unter Wasser stand. Das Auspumpen der Wassermengen nahm lange Zeit in Anspruch. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden noch aus der Gerichtstraße 5 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Unter den städtischen Gasarbeitern macht sich eine bedenkliche Gärung und lebhafter Unwille bemerkbar. Zwar sind die Arbeitsverhältnisse keineswegs mit denen in Nixdorf zu vergleichen, und es ist gänzlich ausgeschlossen, daß der Gedanke der Agitation faßbar wäre, etwa durch einen Ausstand eine Verbesserung der allgemeinen Lage herbeizuführen. Aber trotzdem glauben die Arbeiter vielfach Grund zur Unzufriedenheit zu haben.

Abgesehen von dem Uebergehen bei der allgemeinen Revision und Ausbesserung der Behälter und Löhne beklagen sie sich verschiedentlich über unangemessene Behandlung. Besonders geklagt wird über den Werkstattmeister auf Gasanstalt II, der bei den verschiedenen Anlässen, die er oft förmlich an den Haaren herbeizieht, zu den älteren Leuten sage, er werde schon dafür sorgen, daß sie entlassen würden, die ganze Anstalt müsse gereinigt und mit neuen Leuten besetzt werden.

Die Arbeiter schreiben dieses Benehmen dem Umstande zu, daß seit etwa zwei Jahren in der Werkstatt auf Veranlassung des Werkstattmeisters eine große Menge von Privatarbeiten für ihn und einige seiner Freunde angefertigt seien, daß der Meister sich des Unzulässigen dieser von ihm veranlaßten Arbeiten wohl bewußt sei und deshalb die älteren Leute, welche um diese Arbeiten wissen, gerne aus der Gasanstalt herausbringen wolle, weil er sich ihnen gegenüber geniert fähle und wohl auch fürchte, die von ihm verschuldeten Unregelmäßigkeiten könnten zur Sprache gebracht werden.

Inwiefern diese Vermutungen zutreffen, können wir nicht feststellen. Aber jedenfalls läte die Verwaltung gut daran, diesem Herrn etwas auf die Finger zu legen. Es ist ganz unethisch, daß ein subalternen Beamter sich herausnimmt, ältere Arbeiter mit unpassenden Redensarten zu regalisieren und ihnen mit Entlassung zu drohen.

In der am 16. d. M. abgehaltenen Versammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. hielt das Vereinsmitglied Klog-Verlin einen Vortrag über: „Neue Probleme in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. An der Diskussion beteiligte sich Kayle, der sich mit einigen Ausführungen des Vortragenden in Widerspruch stellte. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung ging Fflemming auf den Kampf der Zigarettenarbeiterinnen Dresdens ein und ersuchte die Anwesenden, in jeder Weise die Ausständigen moralisch wie pekuniär zu unterstützen. Jost empfiehlt den Besuch der neuen Sezessions-Ausstellung. Willets zu ermäßigten Preisen von 25 Pf. sind bei ihm, Grünstr. 23, zu haben.

Schöneberg.

Die Frage des Rathaus-Neubaus kam gelegentlich einer Vorlage um Ueberlassung von Räumen des Rathauses an die städtische Sparkasse zur Sprache. Jedenfalls dürfte in nicht allzu ferner Zeit dieser Frage näher getreten werden.

In den einzelnen von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzten Ausschüssen sind unsere Genossen wie folgt vertreten: im Ausschuh Betr. Beratung der Befoldungsordnung für die Feuerwehrmänner Käter, in dem betrefe Reuervermietung von Plätzen zur Aufstellung von Trinkhallen Wolfermann, and in die gemischte Deputation zur weiteren Förderung der geplanten Schöneberger Untergrundbahn Baumler. — Als zweite Armenpflegerin wurde im Bezirk IVb Frau Auhlmeh ange stellt. Trotz des seinerzeit gefaßten Beschlusses, weibliche Personen als Armenpflegerinnen zuzulassen, hat noch kein anderer Bezirk den Mut gehabt, von diesem winzigen Rechte Gebrauch zu machen.

Der Magistrat von Schöneberg hat zum Direktor der Realabteilung der Hohenpolsersschule zum zweitenmal den Stadtverordneten Professor Dr. Mellmann, Oberlehrer am königstädtischen Realgymnasium zu Berlin, gewählt. Bereits im vorigen Jahre war die Wahl auf diesen Herrn gefallen, doch versagte befallmlich der Kultusminister die Bestätigung. Eine in dieser Angelegenheit von mehreren Stadtverordneten an den Magistrat gerichtete Anfrage ward in geheimer Sitzung beantwortet — wie, darüber ist Amtsgeheimnis bewahrt worden. Man darf gespannt darauf sein, wie sich das Kultusministerium jetzt verhalten wird.

Nixdorf.

Die Erholungsstätte, welche der hiesige Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in der „Königsheide“ errichtet hat, ist gestern früh eröffnet worden. Die Erholungsstätte ist für Frauen und Kinder bestimmt und besteht aus einer Döderischen Parade, einer Liegehalle und einem wundervollen Spiel- und Erholungsplatz.

Zu dem Baunfall in der Teuplitzerstraße, über welchen wir gestern kurz berichteten, können wir noch mitteilen, daß der Gerüst-einsturz auf Verwendung alter, morscher Reppriegel zurückzuführen ist. Verlezt wurden der Steinträger Albert Ortman aus der Stephanstr. 19 in Berlin, welcher einen doppelten Rippenbruch erlitt, und der Maurer Paul Reppgevoß aus der Jonast. 69, welcher eine Kopfwunde davontrug. R. ist bereits wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden. Der Bau wurde von der Baupolizei inhibiert.

Der Stadtverordnete Mitschke (Soz.) in Nixdorf hat wegen Verzugs nach Breslau sein Mandat niedergelegt.

Die Verhandlung gegen den Inhaber des Defektinstituts „Fides“, Max Wienecke, hat sich dadurch vereinfacht, daß auf eine ganze Anzahl von Zeugen verzichtet werden konnte. Das Urteil konnte deshalb schon gestern gesprochen werden. Der Angeklagte gab nur das Vergehen gegen die Konkursordnung zu und bestritt alle Fälle des Betruges. Die vernommenen Zeugen vermochten auch den Angeklagten so wenig zu belasten, daß der Staatsanwalt von sämtlichen Betrugsfällen nur zwei aufrecht erhielt. Er beantragte wegen dieser Fälle und wegen des Konkursvergehens eine Gesamtstrafe von 9 Monaten Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Davidsohn beantragte, den Angeklagten von der Anklage des Betruges völlig freizusprechen und für das Konkursvergehen eine Geldstrafe zu normieren. — Der Gerichtshof schloß sich im wesentlichen der Auffassung des Staatsanwalts an. Er hielt für erwiesen, daß der Angeklagte, obwohl er große Monatsentnahmen hatte, Jahre hindurch seine Gläubiger nicht befriedigt und auf der anderen Seite persönlich übergroßen Aufwand getrieben hat. Wenn auch das Geschäftsgewinnen des Angeklagten in vielen Fällen nicht einwandfrei gewesen sei, so habe doch in dem Anlagefalle der versuchten Verleitung zur Abgabe einer falscher eidesstattlichen Versicherung die Freisprechung erfolgen müssen, ebenso in fast allen Betrugsfällen. Die Verurteilung sei nur in einem Falle wegen Betruges, in einem anderen Falle wegen versuchten Betruges erfolgt. Es handelt sich darum, daß in diesen Fällen dem Angeklagten zur Anstellung von Ermittlungen in Königsberg in Rindgen je 100 M. gezahlt worden waren bezw. gezahlt werden sollten, während die angebliche Reise nach Königsberg für das schwerste Vergehen und setzte dafür mit Rücksicht auf die andauernde Schädigung der Gläubiger 3 Monate Gefängnis ein, ferner für den vollendeten Betrug 2 Monate, für den versuchten Betrug 6 Wochen Gefängnis und führte diese Einzelstrafen auf eine Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis zurück. Von der Strafe wurden 2 Monate auf die erstlente Untersuchungsphase angedreht. Da die Art, wie der Angeklagte seine Gläubiger andauernd geschädigt, als eine gewissenlose und von niedriger Gesinnung zeugende zu erachten sei, so hat der Gerichtshof auch auf zweiwährigen Ehrverlust erkannt. — Der Angeklagte meldete sofort Revision an.

Die „Vereinigung der Rechtsfreunde“ teilt mit, daß die feilige Vereinigung mit der früheren nichts zu tun habe. Dazu wird dem „Berl. Tagl.“ mitgeteilt: Die „Vereinigung der Rechtsfreunde“ ist jetzt allerdings in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Nach wie vor sind aber dort als juristische Berater des Publikums Herr Justizrat Schede und der ehemalige Gerichtsaktuar Franke, den das Publikum nur als „Dr.“ Franke kennt, tätig. Beide Herren mußten seinerzeit den Justizdienst verlassen. Außerdem aber betreibt der vielfach vorbestrafte Herr Steinbock in Räumen, die mit denen der „Vereinigung der Rechtsfreunde“ eng zusammenhängen, seine Darlehnsgeschäfte in Gemeinschaft mit dem ebenfalls bereits vorbestrafte Herrn Siebold. Steinbock ist in dem Hause Oranienburgerstraße 13/14, in dem auch die „Vereinigung der Rechtsfreunde“ ihren Sitz hat, als Richter polizeilich gemeldet.

Aus der Frauenbewegung.

Brick. Der Verein für Frauen und Mädchen in Brich hält Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, seine Mitgliederversammlung im Lokal von Beniger, Webersstraße 27, ab. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Vermischtes.

Aus Alu wird gemeldet: In der Nacht zu gestern kam es in den Straßen am Chlodwigs-Platz wegen eines Streites zwischen einem ausziehenden Pieter, der die Riete schuldig gehalten war und dem Vermieter zu blutigen Ausschreitungen. Eine nach Tausenden zählende Menge nahm gegen das einschreitende Polizeiaufgebot Partei und griff die Polizeibeamten an. Aus den Häusern wurden Steine und andere Wurfgeschosse geschleubert. Die Polizeibeamten zogen darauf blank und verletzten zwanzig Personen, darunter zwei schwer; auch mehrere Beamte wurden verletzt. Eine Anzahl Ruhestörer wurde verhaftet. Der Aufruhr dauerte von 8 Uhr abends bis 2 Uhr nachts.

Eisenbahnunfall. Laut amtlicher Meldung aus Beuthen entgleiste vorgestern nachmittag durch Auffahren auf einen Pressblock die Maschine und ein Wagen eines rangierenden Zuges. Der Führer wurde getötet, die Maschine erheblich beschädigt. Der Betrieb erlitt keine Störungen.

Briefkasten der Redaktion.

Gastfiken sind Leute, die zu dem Zwecke, sehr viel Geld zu verdienen, die polnischen Landestelle des Reiches germanisieren wollen. Der Name ist gebildet aus den Anfangsbuchstaben der Gründer dieses Geschäfts, der Großhändler Hamemann, Kememann und Liebmann. — G. 26. Magdeburg. Das überlandete Exemplar hat ausnahmsweise (Schmalen Rand; bei der Schnelligkeit der Verteilung und der Höhe der Auflage 92 000) ist es unmöglich, jedes einzelne Exemplar zu kontrollieren. — G. 53. Bitte, Einreichung der Dattung und Wiederholung der Offerte und Anfrage. — G. 5. Zur Orientierung über die Steuerverhältnisse der Berliner Vororte empfehlen wir Ihnen die Broschüre „Groß-Berlin“ von Georg Hoberland, Verlag von Leonhard Simon Rasch, Berlin. — H. 8. 100. Es kommen für die Vororte folgende Gasanstalten in Betracht: Ort: Gaswerk Brich, Charlottenburg; Gasanstalten Charlottenburger Ufer und Gausstraße, Groß-Lichterfelde; Englische Gasanstalt, Berlinerstr. 52 (in Berlin Göttingerstraße), Nixdorf-Friedrichsberg; Gemeinde-Gasanstalt, (Fiesenberg), Schöneberg; Englische Gasanstalt, Torgauerstraße, Südende; Englische Gasanstalt, Vorstr. 10, Ziegel; Tepler Gasanstalt, Gaswerkstr. 4, Weihenau; Englische Gasanstalt, Gustav Adolfsstr. 108, Nieder-Schöne-weide; Gemeinde-Gasanstalt, Berlinerstraße 14a, Ober-Schöne-weide; Waldmühlenhofstr. 88, Nixdorf; Städtische Gasanstalt, Kaiser Friedrichstraße 142, Wilmerdorf; Englische Gasanstalt, Sigmaringenstr. 36. — G. 3. 16. 1. In Nixdorf 1. Pr. 2. Dienstzeit zwei Jahre. — G. 2. Wir können Ihnen leider keinen Rat geben. — Flamme. Wenden Sie sich an den Verein für Feuerbestattung, Drelstr. 5. — 1000. Die Kriegenschiedscheidung betrug 5 Milliarden Franz — 4 Milliarden Mark. — A. 3. Hofencener wurde am 6. Juli 1877 zuerst im Jahre 1877 gewählt. 78 und 81 wurde der Kreis von dem Preussischen Reich vertreten, 84 dagegen wurde wieder Hofencener gewählt. Wegen Doppelwahl lehnte er ab und in der Radwahl ging Genosse Wamlich als Sieger aus der Wahlurne hervor. Bei der 87er Wahl wurde wieder Hofencener Abgeordneter für den 6. Kreis. Er legte aber das Mandat am 2. Juni 1888 nieder und ihm folgte munter Genosse Liebneht, der den Kreis bis zu seinem Tode vertrat. 2. Seit dem 1. Januar 1890 trägt unser Blatt den Namen „Vorwärts“. — G. 8. A. Wir können Ihnen Wunsch nicht erfüllen. — C. H. 24. Wenden Sie sich direkt an den Klubklub „Vorwärts“, Stralau, Bootshaus. — Weiskell. Die genannten Vorarbeiten sind nicht in Sonderabdrucken vorhanden, sondern nur amtlich veröffentlicht worden. Die genannten Sammelwerke jedoch brauchen Sie nur bei der Buchhandlung zu bestellen. Die gemischte Veröffentlichung hielten wir nicht für nötig. — B. B. Die erste Hypothek, wenn wir nicht trenn, im Höhe von 300 000 M., ist zu 3 Proz. Verzinsung von der Alters- und Invaliditätsversicherungsgesellschaft Berlin 1899 zum Bau des Gewerkschaftshauses hergegeben worden.

Juristischer Teil.

Die juristische Oberkammer findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. geöffnet: 7 Uhr. — H. 100. 1. Ist als Mitkontrahent Ihre Ehefrau verzeichnet, so würde Vändbarkeit vorliegen, es sei denn, die Käuferscheine ist für den Erwerb Ihrer Frau unentgeltlich. 2. Der gesamte Schaden muß ersetzt werden. 3. Ja. — H. 8. 1. Rein. 2. Ja. — 2. 45. Pfändung kann auf Grund eines vollstreckbaren Titels Reich vorgenommen werden. Unentgeltliche Gegenstände sind unpfändbar. Das unpfändbar ist, ist von Fall zu Fall zunächst vom Gerichtshof zu entscheiden. Wegen dessen Anlaß ist Beschwerde an das Amtsgericht zulässig. — H. 23. Polencener und H. Kennig. Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — H. 2. Dragonerstraße. Sie können auf Rückgabe und eventuellen Schadenersatz gegen den Dalmacher mit Erfolg klagen. — G. 8. 31. Die Adresse ist: An die Staatsanwaltschaft. Soweit zu ersehen, liegt keine strafbare Handlung vor. Welche juristische Sachlage nötig und möglich sind, ist ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantworten. Die juristische Sprechstunde Reich ohne Einladung jedem Abonnenten offen. —